

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer
Telefon 041 349 12 51
Telefax 041 349 14 81
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**
Sitzungsdatum **23. September 2010, 16.00 – 21.55 Uhr**
Sitzungsort **Pfarrzentrum**
Vorsitz **Robert Odermatt**

PROTOKOLL NR. 319

Anwesend **29 Einwohnerratsmitglieder**
5 Gemeinderatsmitglieder
1 Gemeindeschreiber

Entschuldigt **Eichmann Roger**
Jung Hans-Ruedi (abwesend ca. 18.45-20.10 Uhr)

Traktandenliste

1. Bericht und Antrag Nr. 1427 Schlussbericht "Optimierung des Finanzhaushaltes" Seite 5
2. Bericht und Antrag Nr. 1429 Finanz- und Aufgabenplan 2011 - 2016 Seite 19
3. Fragestunde Seite 22
4. Bericht und Antrag Nr. 1420 Sanierung Gemeindehaus Seite 28
5. Bericht und Antrag Nr. 1432 Planungsbericht Kastanienbaumstrasse, Abschnitt Buholz bis Schwanden Seite 38
6. Dringliche Interpellation Nr. 587/2010 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Glas-Sammelstelle Ennethorw Seite 45
7. Dringliche Interpellation Nr. 588/2010 von Heiri Niederberger, CVP: Horwer Landschaftsentwicklung - wohin? Seite 47
8. Interpellation Nr. 583/2010 von Beat Imboden, FDP, und Mitunterzeichnenden: Nutzung Naherholungsgebiet und Sichere Verbindung Bereich Zihlmattweg Seite 48

Sprecher/in

Robert Odermatt
(SVP)

Nach der grossen Sommerpause möchte ich Sie alle in diesem Rat willkommen heissen. Ich freue mich auf lebhaftere Ratsdebatten im kommenden Amtsjahr und wünsche mir, dass auch die Mitglieder, die bisher eher etwas passiv waren, in den Ratsdebatten vermehrt zu Wort kommen. Damit dies auch möglich ist, ist es nötig, dass die Wortführer in unserem Rat sich etwas zurücknehmen und so Platz machen für unsere weniger wortgewandten Leute. Es kann kein junger Baum gedeihen, wenn er unter Wettertannen steht, welche ihm das Licht wegnehmen. Natürlich meine ich nicht, dass man diese Wettertannen jetzt fällen soll, nein im Gegenteil, es ist wichtig und richtig, dass die jungen Bäume weiterhin Schutz vor Wind und Wetter durch die grossen bekommen. Damit sie aber gedeihen können, brauchen die jungen Bäume besonders viel Licht und Sonne.

Gelegentlich kann man ja einen Vielredner ins Ratspräsidium wählen, aber bei allen ist dies leider nicht möglich und schon gar nicht gleichzeitig. Deshalb bitte ich den dominierenden Viertel dieses Rates, sich weniger oft zu Wort zu melden und die frei werdende Redezeit dem passiveren Viertel des Rates zu überlassen. Und so freue ich mich auf konstruktive Diskussionen, in welchen Sie Ihre Meinungen austauschen. Ich wünsche ihnen jedoch die Fähigkeit, frühzeitig zu merken, wenn ihre Argumente schon erwähnt wurden und es nur noch um Wiederholungen geht. Ebenfalls wünsche ich Ihnen das Gespür zu merken, wann die Meinung des Rates gemacht ist und dass Sie in einem solchen Moment auch schweigen können.

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Mitteilungen des Präsidenten

Gratulationen

Als Einwohnerratspräsident durfte ich im September 15 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen gratulieren.

Repräsentationen

Ich durfte den Rat an folgenden Anlässen vertreten:

- Jubiläumsanlass 40 Jahre 1000 m-Lauf Horw
- Eröffnung Restaurant Mc One im Bahnhof Horw
- Feier der 20-Jährigen
- Hauptübung Feuerwehr Horw

Einbürgerungen

Die Bürgerrechtsdelegation hat seit der letzten Sitzung vier Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert, und zwar je einer Person aus Serbien-Montenegro, Portugal, Kroatien und Spanien. Zudem ist ein Gesuch eines serbischen Staatsangehörigen für ein Jahr sistiert worden.

Protokolle

In der Zwischenzeit sind die Protokolle Nrn. 317 und 318 der Sitzungen vom 27. Mai und 24. Juni 2010 veröffentlicht worden. Es sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen, die Protokolle sind somit genehmigt.

Neueingänge

15. September 2010: Dringliche Motion Nr. 264/2010 von Hans-Ruedi Jung, CVP:
Kostenloses Parkieren für Besuchende auf Kirchfeld
17. September 2010: Marcel Zimmermann, SVP, und Mitunterzeichnende: Unbezahlte Krankenkassenprämien in Horw

Rechtskraft von Beschlüssen

Die Reglemente Siedlungsentwässerung und Wasserversorgung sind in Rechtskraft erwachsen und zwischenzeitlich durch den Regierungsrat genehmigt worden.

Neuheiten im Ratsbetrieb

Ab sofort steht während den Ratssitzungen ein Beamer zur Verfügung. Ich bitte diejenigen, die den Beamer benutzen möchten, vor der Sitzung den USB-Stick auszuprobieren. Bedient wird der Beamer durch Urs Hediger.

Auf einstimmigen Beschluss vom Ratsbüro möchte ich Ihnen folgenden Vorschlag unterbreiten: Ich möchte, dass wir uns künftig beim Abstimmen von den Sitzen erheben. Dadurch erhoffe ich mir eine wesentliche Erleichterung für unsere Stimmzähler, Zeitgewinn und vor allem auch Klarheit. Ebenfalls soll das für die Mitglieder, die sich selten zu Wort melden, Lockerheit und Abwechslung bringen. Ob die Idee das bringt, was wir uns erhoffen, ist alles andere als sicher. Deshalb möchte ich Ihnen beliebt machen, das Reglement jetzt nicht anzupassen, sondern den Vorschlag vorerst an zwei Sitzungen auszuprobieren und anschliessend über eine definitive Einführung zu entscheiden.

Wenn Sie Anträge haben, die Sie bereits vor der Sitzung wissen, möchte ich Ihnen beliebt machen, diese auf einer Folie oder einem USB-Stick vorher abzugeben, damit diese jeweils sofort gezeigt werden können.

Ich habe kein Problem damit, zu meiner Meinung zu stehen. Ich frage mich aber, ob erwachsene Menschen nicht fähig sind, die Hand richtig in die Höhe zu strecken um den Stimmzählenden die Arbeit zu erleichtern. Zwei Stimmzähler und der Präsident sitzen ja schon vorne, dann fehlen meist 1 bis 2 Personen, wir sind also noch ca. 25 Personen, die ausgezählt werden müssen. In der Schule und im Strassenverkehr als Velofahrende haben wir ja alle gelernt, ein deutliches Armzeichen zu geben. Warum schaffen wir das nicht im Rat: Hands up! Und alles wäre klar! Ich würde gerne darüber abstimmen lassen.

Franz Leipold (L20)

Ich habe selber einmal dort vorne gesessen und habe die Verwirrung unter meinen damaligen Stimmzählenden gesehen, wenn gewisse Ratsmitglieder nicht deutlich aufzeigen. Der Ständerat z.B. steht bei Abstimmungen auf und das sind in der Regel ältere Damen und Herren. Dem Vorschlag unseres Präsidenten steht doch eigentlich nichts entgegen.

Alwin Larcher (SVP)

Ich möchte Franz Leipold in seinem Votum unterstützen. Auch ich finde es nicht nötig, dass etwas geändert wird, das seit vielen Jahren praktiziert wird und in denen man immer bis 30 zählen konnte, plus/minus von denen, die nicht oder nicht gut strecken, aber dann wird die Abstimmung halt wiederholt. Ich finde es nicht nötig, das Vorgehen zu ändern und sei es auch nur probetalber.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Ich bin seit sechs Jahren Stimmzähler und zwischenzeitlich ist es eine Zumutung, hier als Stimmzähler zu wirken. Es ist schwierig abzuschätzen, wer die Hand hochhebt und wer nicht. Herr Larcher hat es gesagt, wenn der Ellenbogen auf dem Tisch ist, ist es schwierig zu erkennen, ob die Stimme gezählt werden muss oder nicht. In der Politik muss man zu seiner Meinung stehen, man muss sich auch outen und es ist ei-

Urs Hediger (CVP)

gentlich eine Bringschuld, seine Stimme abzugeben. Wenn ich mich zu einem bestimmten Thema äussern möchte, möchte ich meine Stimme einbringen und man es darf es nachher nicht auf die Holschuld der Stimmzähler reduzieren, dass diese herauspicken müssen, welche Stimme sie zählen dürfen und welche nicht. Es sind auch schon Aufrufe gemacht worden, dass man sauber abstimmen und die Hand hochheben soll, man kann die Abstimmung auch wiederholen, aber spätestens in einer Stunde ist das wieder vergessen und sicher auch an der nächsten Sitzung. Ich habe überhaupt kein Problem, das einmal zu probieren, es würde uns die Arbeit sicher erleichtern und wenn man dann halt das Gefühl hat, dass das für uns nicht angemessen ist, dann kann man darüber diskutieren.

Ich habe keinen Einwand gegen so einen Versuch, aber einfach grundsätzlich stelle ich inskünftig die Effizienzsteigerung infrage. Es gibt ein Stühlerücken, bei dem so mancher Stuhl umfallen wird, vor allem im Winter mit den schweren Jacken. Der Einwand hat eine gewisse Berechtigung, wir haben ja die Abstimmungswiederholungen etliche Male miterlebt. Ich rate, einmal das System von Kriens zu prüfen. Inzwischen haben wir einen Laptop und einen Beamer und wenn die Infrastruktur schon da ist, ist es nichts Grosses mehr, die Funkfernbedienungen für Abstimmungen an den Laptop anzuhängen. Man hat dann auch gleich die Abstimmung und wer was abgestimmt hat archiviert. In der Folge wäre das nicht nur eine Effizienzsteigerung für die Stimmzähler, sondern auch für die Protokollführung. Mittelfristig sollte man so etwas prüfen, damit wäre die Wirkung noch grösser als die von Ihnen vorgeschlagene Variante.

Roger Jenni (FDP)

Ich bin selbstverständlich bereit, das zu prüfen, es ist aber nicht etwas, das wir kurzfristig einführen können. Die Idee werde ich aber weiterverfolgen.

Robert Odermatt
(SVP)

Abstimmung:

Vorschlag von Robert Odermatt, dass sich die Ratsmitglieder versuchsweise während den nächsten zwei Sitzungen für die Abstimmungen von ihren Sitzen erheben.

Dem Vorschlag wird mit 18:10 Stimmen zugestimmt.

Für eine Reglementsänderung ist eine 2/3-Mehrheit nötig, das wurde nicht erreicht. Das Ratsbüro wird sich überlegen müssen, ob es eine Änderung des Reglementes beantragen möchte, aber das allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt.

Bereinigung Traktandenliste

Es ist die dringliche Motion Nr. 264/2010 von Hans-Ruedi Jung, CVP, kostenloses Parkieren für Besuchende auf Kirchfeld, eingegangen. Wie Sie wissen, haben wir heute eine ausgefüllte Traktandenliste mit gewichtigen Traktanden. Ich möchte deshalb den Motionär fragen, ob er bereit ist, über die Dringlichkeit seiner Motion erst im Oktober zu befinden. Ich bin der Meinung, dass in diesem Monat nichts passieren kann, was Ihrer Motion zuwiderläuft. Sollte die Dringlichkeit im Oktober vom Rat bestätigt werden, so hätten wir dann auch genügend Zeit, das Traktandum zu behandeln. Selbstverständlich geht dieses Vorgehen nur, wenn a) der Motionär damit einverstanden ist und b) niemand dagegen opponiert. Herr Jung, Sie haben das Wort.

Ich kann dem Vorschlag zustimmen und ich hoffe, der Rat auch.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Gegen das Vorgehen wird nicht opponiert, d.h. wir werden somit im Oktober über die Dringlichkeit befinden.

Robert Odermatt
(SVP)

Ordentliche Traktandenliste

Vorab noch eine Bemerkung zu den Geschäften, bei denen es Kommissionssprecher gibt: Gemäss Art. 51 ist es möglich, dass es auch einen Sprecher der Kommissionsminderheit gibt. Sollte dies einmal der Fall sein so bitte ich Sie, mir dies vorgängig mitzuteilen. Ansonsten gehe ich jeweils davon aus, dass es keinen Minderheitssprecher gibt.

1. Bericht und Antrag Nr. 1427 Schlussbericht "Optimierung des Finanzhaushaltes"

Eintreten GPK

Im Zusammenhang mit der Motion Nr. 261/2008 hat uns der Gemeinderat im November 2008 einen Zwischenbericht (Teil 1) und jetzt den Schlussbericht vorgelegt. Diese intensive Bearbeitung eines parlamentarischen Vorstosses erforderte eine besondere Anstrengung seitens des Gemeinderates sowie der Gemeindeverwaltung, was von der GPK gebührend anerkannt wird.

Alwin Larcher (SVP)

Dass die Ausführungen stellenweise etwas unbestimmt und die Schlussfolgerungen da oder dort nicht unbedingt nachvollziehbar sind, liegt wohl in der Natur der Sache. Das im September-Blickpunkt erschienene Interview mit dem Finanzvorstand wirft jedoch einige Fragen auf. Das Motto "Sparen ja, aber ohne das Profil der Gemeinde zu gefährden" ist recht unverbindlich. Sicher ist, dass man das Fell des Bären nicht waschen kann, ohne es nass zu machen. Der auf Seite 8 des Schlussberichtes aufgeführte "Horwer Standard" bietet reichlich Stoff für Sparansätze.

Der Personalvergleich ist für die GPK unvollständig und somit von geringem Nutzen. Hier hätten wir deutlichere Aussagen erwartet. Unwesentliche Einsparungen von wenigen tausend Franken, z.B. bei der Bürgerrechtsfeier, der Feier der 20-Jährigen oder der 1. Augustfeier gehören nicht in einen solchen Bericht und würden mit Sicherheit mehr Schaden als Nutzen anrichten.

Mit Stirnrunzeln hat die GPK dem Bericht auf S. 27 entnehmen müssen, dass einzelne Massnahmen bereits umgesetzt wurden. Bei der Behandlung der Motion im Rat war der Motionär auf Antrag von Konrad Durrer und Jörg Stalder mit der Streichung des Satzes "Massnahmen, die zu einer Kostenreduktion ohne massgeblichen Leistungsabbau führen, sind sofort umzusetzen" einverstanden. Darauf wurde die Motion teilweise, d.h. ohne erwähnten Satz überwiesen. Das Protokoll wurde genehmigt und ist somit auch für den Gemeinderat, welcher der Streichung zustimmte, verbindlich.

Wir betrachten diesen Bericht als Schritt in die richtige Richtung. Zwar ist das darin enthaltene Resultat nicht allen Erwartungen entsprechend. Demzufolge ergibt sich daraus eine Daueraufgabe, welche jedoch auch permanent bearbeitet werden muss. Dies ist die Mehrheitsmeinung der GPK, eine Minderheit betrachtet das Thema damit als abgeschlossen.

Die GPK dankt der Gemeindeverwaltung für die grosse Arbeit und ist einstimmig für wachsame Kenntnisnahme.

Eintreten BVK

Bei den Einsparungen im Bereich Unterhalt der Liegenschaften könnten die Instandstellungen mehr kosten als die Unterhaltskosten. Beim Verzicht auf das energiepolitische Programm möchten wir, dass ein Wirkungsbericht erstellt wird der aussagt, was bis anhin geleistet wurde. Dann können wir diskutieren, ob es abgeschafft werden soll oder nicht. Der Planungsbericht Nr. 1427 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Roland Bühlmann
(SVP)

Eintreten GSK

Die Gesundheits- und Sozialkommission nimmt zum Bericht und Antrag Nr. 1427 wie folgt Stellung: Bereits bei der Vorstellung des Zwischenberichtes vor rund einem Jahr hat die GSK angemerkt, dass Optimierungspotenzial im Bereich Gesundheit und Soziales ein schwieriges Unterfangen ist. Bei einem Grossteil der Aufgaben bestehen gesetzliche Vorgaben von Bund und Kantonen ohne entsprechenden Handlungsspielraum für die Gemeinden.

Markus Bachmann
(SVP)

Die GSK stellt fest, dass im Bereich der Vormundschaft mit erheblichen zusätzlichen Kosten gerechnet wird. Die Gründe dafür sind vor allem in einem neuen Kostenverteiler zu suchen und auch in relativ grossen Fällen der Gemeinde Horw. Beim Verband Amtsvormundschaft hat die Gemeinde Horw deponiert, dass nicht klar ist, wie lange die Gemeinde diese Kostenstruktur noch mittragen kann.

Unsere Kommission wollte wissen, welche anderen Möglichkeiten zum Gemeindeverband bestehen. Einerseits könnten die Aufgaben selber bewältigt werden. Allerdings müssten dann ca. zwei Mandatsträger plus Sekretariat finanziert werden. Ausserdem ist noch nicht klar, welche Gesetzesänderungen das neue Erwachsenenschutzrecht per 2013 mit sich bringen wird. Zurzeit laufen parallel auch Abklärungen mit der Gemeinde Kriens, ob man da Synergien findet.

Auch im Bereich der Pflegefinanzierung kommen massiv höhere Kosten auf die Gemeinde zu.

Die ständige Optimierung der Kosten auch in Belangen von Gesundheit und Soziales ist ein permanenter Prozess, welcher mit dem vorliegenden B+A nicht enden sollte.

Die GSK ist einstimmig für Eintreten auf den Bericht und Antrag Nr. 1403 und dankt der Gemeindeverwaltung für die grosse Arbeit.

Eintreten CVP

Die CVP-Fraktion hat den Bericht zur Motion 261 zur Kenntnis genommen. Die politische Entscheidung zu den vorgeschlagenen Massnahmen wird in den nächsten Monaten und Jahren im Rahmen der Budgetdebatten erfolgen. Bei der Beratung dieses Berichts geht es somit aus unserer Sicht eher um eine Würdigung des erfolgten Prozesses und noch nicht um die einzelnen Massnahmen. Die CVP wird daher im Rahmen der Detailberatung keine Anträge stellen, sondern ihre Position im Eintretensvotum darlegen.

Markus Bider (CVP)

Wir sehen, dass die Arbeiten von der Verwaltung und vom Gemeinderat mit viel gutem Willen durchgeführt wurden. Massnahmen wurden und werden rasch umgesetzt. Gegliedert nach drei Prioritätsstufen werden Kostenreduktionen vorgeschlagen. Dadurch könnte der Finanzhaushalt je nach Grad der Umsetzung um bis zu 3.3 Mio. Franken entlastet werden. Dies entspricht 0.05 bis 0.15 Steuereinheiten und gestattet, gemäss laufendem Finanz und Aufgabenplan ab 2014 mit einer ausgeglichenen Rechnung zu planen.

Trotzdem kann das Ergebnis nicht voll befriedigen: Der Bericht fokussiert sich vor allem auf mögliche Leistungskürzungen; exportorientierte Unternehmen, welche jetzt unter dem hohen Frankenkurs leiden, können nicht einfach Leistungen kürzen; für sie stellt sich die Herausforderung, die gleichen oder bessere Leistungen zu tieferen Kosten zu erbringen. Wer das nicht schafft, verschwindet vom Markt. Bei einer Gemeinde liegen die Dinge natürlich etwas anders. Im Sinne dieser Analogie zur Privatwirtschaft hätten wir uns einen tieferen und kritischeren Blick auch auf die organisatorischen Abläufe gewünscht.

Weiter weisen wir auf die verblüffend knappen Darlegungen zur Investitionspolitik hin. In den 16 Jahren von 1992 bis 2008 hat Horw deutlich mehr in seine Infrastruktur investiert als die Vergleichsgemeinden. Fast mit Stolz wird hinzugefügt, dass sogar weitere Investitionen grosszügig der Laufenden Rechnung belastet wurden. Schliesslich wird gesagt, dass nur wenig Nachholbedarf bestehe, obwohl unsere Gemeinde in den nächsten Jahren vor einer abenteuerlichen Verschuldungsphase steht, dies weil es eben vielleicht doch Nachholbedarf gibt. In diesem Bereich der Infrastruktur hätte man sich sicherlich eine schärfere Wahrnehmung gewünscht.

Auf einzelne der vorgeschlagenen Massnahmen der Priorität 1 gehe ich im Folgenden kurz ein:

Aus unserer Sicht sind Massnahmen mit der Priorität 1 in den Bereichen Bildung und Soziales besonders sorgfältig zu hinterfragen. Im Hinblick auf die Budgetdebatte wünschen wir uns in diesen Bereichen bessere Information: Wenn beispielsweise unter Position 5505 beim Arbeitsintegrationsprogramm 60'000.00 Franken gespart werden sollen, ist die Information wichtig, ob es sich um eine Streichung oder allenfalls eine 5-prozentige Reduktion der Position handelt. Ähnliches gilt für die Massnahmen im Bereich der Musikschule.

Die im Rahmen der Präsentation des Finanz- und Aufgabenplanes gewählte mehrfarbige Darstellungsweise der Vorschläge aus dem B+A Nr. 1427 ist transparent. Die CVP würde es begrüessen, wenn diese Darstellung in einer ähnlichen Form auch in die Budgetdokumentation übernommen und gegebenenfalls vertieft würde. Dies würde die politische Entscheidungsfindung zu den einzelnen vorgeschlagenen Massnahmen enorm vereinfachen.

Die CVP dankt für die geleisteten Arbeiten und ist für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A Nr. 1427.

Eintreten SVP

Vorab bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion für den vorliegenden, sehr aufwändigen Bericht des Gemeinderates Horw.

Der Motion 261/2008 lag die Beobachtung zugrunde, dass die Gemeinde Horw in vielen Bereichen überdurchschnittliche Kosten aufweist. Dies wird im vorliegenden Bericht bestätigt (Ziff. 1): "Lediglich die Stadt Luzern und die Gemeinde Meggen weisen im Total höhere Nettobelastungen pro Einwohner auf." Eine nachvollziehbare Begründung dafür vermag auch der vorliegende Bericht nicht zu liefern. Die Analyse "Leistungen der Gemeinde Horw" berücksichtigt nur gewisse Bereiche (Ziff. 4), welche der Gemeinderat als Ursache für die Mehrkosten erachtet (sog. horwspezifisches Leistungsangebot):

Die Infrastruktur wurde in den verschiedenen Gemeinden explizit nicht verglichen. Deshalb ist für unsere Fraktion die Schlussfolgerung des Gemeinderates, wonach in Horw – im Vergleich mit anderen Gemeinden "zusätzliche Investitionen für Infrastruktur" anfallen – nicht nachvollziehbar. Dasselbe gilt für die Aussage, wonach "diese zusätzlichen

Astrid David Müller
(SVP)

Infrastrukturen mehr Unterhaltskosten" verursachen. Dies ist eine Behauptung, die im vorliegenden Bericht keine Grundlage findet und stellt deshalb eine reine Mutmassung dar. Die Infrastruktur und die Investition in die Infrastruktur wurde denn auch sehr allgemein auf knapp einer Seite abgehandelt.

Begrüssenswert ist sicherlich die Bestrebung, den erkannten Handlungsbedarf in den Bereichen Bau, Werkhof und Friedhof umzusetzen. Allerdings ist es für unsere Fraktion nicht nachvollziehbar, gestützt auf welche Erkenntnisse – der Bericht erwähnt eine sogenannte "Kernprozessdokumentation im Baudepartement", die uns allerdings nicht vorliegt – ausgerechnet beim Baudepartement kein Anpassungsbedarf bestehen soll. Die so genannten geographischen Rahmenbedingungen in Horw – gemäss Gemeinderat eine Ursache für die Mehrbelastung – sind sicherlich nicht ungünstiger als jene von Kriens, als Stichwort soll der besiedelte Pilatushang und Sonnenberg dienen, und Emmen, das sehr weitläufig ist. Diese Rahmenbedingungen, unter ihnen der Seeanstoss, vermögen das Phänomen der exorbitanten Mehrkosten jedenfalls nicht befriedigend zu erklären. Zu Letzterem ist noch festzuhalten, dass viele seeanliegende Grundstücke in privater Hand sind und der Unterhalt privat finanziert wird.

Vermögen die aufgelisteten Faktoren die hohe Nettobelastung pro Einwohner in der Gemeinde Horw nicht zu erklären, könnten dies vielleicht die im Bericht nicht erwähnten Aspekte:

Hier sei beispielhaft der Personalaufwand erwähnt, der im Bericht nur nebenbei thematisiert wird. Wie sich aus dem Finanz- und Aufgabenplan ergibt, umfasst aber der Personalaufwand mit rund 35.3 Mio. Franken rund 45 % des Gesamtaufwandes der Gemeinde Horw. Damit stellt dieser Bereich den "grössten Brocken" im Gesamtaufwand dar. Genau dazu schweigt sich der Bericht aus: Es fehlen jegliche Vergleichszahlen zu anderen Gemeinden. Diese wären ohne grossen Aufwand eruierbar. Es geht hier nicht um die Verteilung der einzelnen Stellenprozente und auch nicht um die Höhe des Lohnes der einzelnen Angestellten an sich, sondern einzig um das Verhältnis zwischen Lohnaufwand und dem Gesamtaufwand der Gemeinde. Es wäre eigentlich zu erwarten, dass sich diese Verhältniszahl im Rahmen der anderen Gemeinden bewegt. Allerdings hat es der Gemeinderat aus unerfindlichen Gründen versäumt, genau diese Zahl zu erheben.

Angesichts dessen, dass sich der vorliegende Bericht, der die Aufgabe gehabt hätte, den Aufwand der Gemeinde Horw mit jenen von anderen Gemeinden in Vergleich zu setzen, genau zum grössten Aufwandsposten nicht äussert, bestehen seitens unserer Fraktion grösste Bedenken hinsichtlich der Tauglichkeit des vorliegenden Berichts. In einem wesentlichen Bereich ist dieser lückenhaft. Der Personalaufwand wurde seitens unserer Fraktion bereits schon vor zwei Jahren im Einwohnerrat bemängelt. Damals wurde dargelegt, dass im Baudepartment die Stellenprozente in Horw pro 1'000 Einwohner doppelt so hoch sind wie in den Gemeinden Littau, Kriens, Emmen und Ebikon. Der Gemeinderat hat die Zahlen bis anhin nicht widerlegt. Der Umstand, dass im vorliegenden Bericht gerade dieser wesentliche Bereich ausgeklammert wurde lässt befürchten, dass sich das Verhältnis seither nicht zugunsten unserer Gemeinde geändert hat. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass Einsparungen bei Aufwandsposten, die einige wenige tausend Franken betragen, nichts bringen und eine blosse Pflästerlipolitik darstellen, wenn andererseits die wirklich grossen Aufwandsposten, wie der Personalaufwand, auf der Seite gelassen werden. Unsere Fraktion wird sich an den entsprechenden Stellen noch zu Wort melden.

Wir teilen die im Bericht geäusserte Auffassung, wonach "dieser Bericht nicht in allen Teilen zu überzeugen vermag S. 13".

Unsere Fraktion ist für Eintreten und spricht sich dafür aus, in den sauren Apfel zu beissen, sprich den Schlussbericht "Optimierung des Finanzhaushalts" – nach Berücksichtigung der überwiesenen Bemerkungen – zur Kenntnis zu nehmen.

Eintreten FDP

Der uns vorliegende Schlussbericht erweist sich als umfangreiches Instrument, welches nun in den jeweiligen Budgetprozessen und Controllingaufgaben der Gemeinde Horw unbedingt einfließen muss. Es bewegt sich etwas, das ist gut so. Der Quervergleich zeigt grundsätzlich in die richtige Richtung. Trotz allem weist der Bericht viele Wiederholungen auf, ist etwas "schwammig" und erlaubt keine klaren Rückschlüsse. Vergleiche mit anderen Gemeinden wie: Anzahl Schulanlagen, Anzahl Personal pro Lohnstufe fehlen; (Strassen-Km sind im Planungsbericht Teil 1 auf Seite 13 enthalten), diese Informationen müssten im Anhang mittels Zahlenreihen bzw. Detailinfos ersichtlich sein. Vergleiche der Investitionssummen zwischen Gemeinden sind sehr schwierig, fehlen doch Informationen zum Zustand und Abschreibungen der Immobilien.

Zwei Punkte vermissen wir:

- Die Prozesse und Organisationsabläufe wurden nicht oder zu wenig in die Betrachtung miteinbezogen.
- Eine klare Linie, um zielstrebig, wirksam und genügend das Ziel des 1. Leitsatzes im Finanz- und Aufgabenplan – die Gemeinde präsentiert im Durchschnitt eine ausgeglichene Rechnung – zu erreichen.

Kurz zwei Punkte zu den Prioritäten:

Die Thematik "Einwohnerrat wie weiter?" darf durchaus diskutiert werden. Entspricht dies einer zukunftsgerichteten Lösung im Hinblick darauf, dass der Gemeinderat mit einem Bevölkerungswachstum von 4'000 Personen in den nächsten Jahren rechnet? Welche Alternativen und vor allem zu welchen Kosten gibt es etwas anderes? Wie würde dann das Demokratieverständnis aussehen? Die Umsetzung der Priorität 3 braucht unserer Ansicht nach eine vertiefte Analyse. Ein Pluspunkt des Einwohnerrates ist, dass durch die eingegangenen Vorstösse durchaus auch Verbesserungen für Horw und seine Bevölkerung erzielt werden konnten.

Kritisch hinterfragen muss man u.a. auch den Vorschlag, Schneeräumung und Beleuchtung von Privatstrassen ihren Besitzern zu verrechnen. Dies verstösst krass gegen eine Gleichbehandlung aller Einwohner und missachtet, dass die Anwohner von Privatstrassen meist neben Eigenmietwert auch Liegenschaftssteuern zahlen und für die Kosten der Strassenerstellung aufkamen.

Die FDP Horw erwartet nun, dass die Priorität 1 im Budget 2011 einfließt. Diesbezüglich werden sicher noch Diskussionen während der entsprechenden Einwohnerratssitzung – Budgetdebatte – stattfinden.

Die FDP dankt der Gemeindeverwaltung für die Erarbeitung der Unterlagen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf B+A Nr. 1427.

Eintreten L2O

Es war einmal ein Hotel an guter Lage. Fast rundum war der See, die Architektur war in den letzten Jahren zurückhaltend und sorgfältig weiterentwickelt worden. Die Essenszutaten wurden bei lokalen Bioproduzenten bezogen, die Servietten und das Tischtuch waren aus Stoff und immer war alles tipptopp geputzt. So hat das Hotel seine Gäste erfreut und über die Grenze hinweg einen guten Ruf gehabt. Die Qualität hat gestimmt, für Leute mit einfacheren und Leute mit höheren Ansprüchen. Die Kunden kamen von nah und fern und nicht wenige blieben für längere Zeit.

Urs Rölli (FDP)

Konrad Durrer (L2O)

Ein findiges Verwaltungsratsmitglied fand aber einmal heraus, dass in einem Teil der umliegenden Hotels die Preise billiger waren. Er rechnete vor, wie viel durch den Einsatz von Papierservietten gespart werden könne und wenn man im Park die Bäume umlege, müsse man weniger Personal für das Blätter einsammeln im Herbst beschäftigen und vieles andere mehr. Und so ist es gekommen, dass das Servierpersonal von nun an 20 statt 18 Kunden zu betreuen hatte. Die Räume wurden wöchentlich nicht mehr zweimal geputzt. Die 5 Wiedereingliederungs-Arbeitsplätze bei der Tischdekoration und in der Gartenpflege wurden gestrichen.

Und wirklich. Es kamen die neuen Kunden, die immer das Billigste suchten. Aber sie blieben nur, bis in der Nachbarschaft ein noch billigeres Hotel eröffnet wurde. Und die alten Gäste waren auch nicht mehr zufrieden. Das Hotel bekam einen so schlechten Ruf, dass andere Hotels ohne Seeanstoss und mit der Strasse mitten durch das Hotelgelände gefragter wurden.

Meine Damen und Herren, eine Gemeinde an bevorzugter Lage, die sich gemäss Leitbild nachhaltig entwickeln will, die sich familienfreundlich und innovativ der Zukunft stellen will, kann dies nur, wenn sie dies mit entsprechenden Leistungen unterstützt. So soll nicht nur unser Steuerfuss, sondern auch unser Bildungsangebot exzellent sein und wir verwehren uns gegen sämtliche Streichungen in diesem Bereich. Wir erachten es auch als eine nützliche Qualität, dass politische Entscheide auch noch im Einwohnerrat diskutiert werden und ein B+A dadurch vielleicht ein wenig genauer aufgearbeitet werden muss. Die Neukunden, sprich Jungbürgerinnen und Jungbürger sollen weiter explizit begrüsst werden und auch bei den familienergänzenden Betreuungsangeboten soll nicht abgebaut werden. Ein gemeinsamer Wahlversand macht ökologisch und ökonomisch Sinn. Wir freuen uns über Hochstammobstbäume auf der Halbinsel und jeder Franken für den Klimaschutz, sprich Energiepolitisches Programm, ist eine Investition in die Zukunft. Auch für Leute ohne Arbeitsstelle soll man weiterhin Perspektiven und Strukturen aufzeigen. So stellen wir uns eine Gemeinde vor, nämlich mit hoher Lebensqualität für alle. Es darf nicht zu einer Verlotterung kommen. Wir sind für Eintreten, werden aber diverse Anträge stellen.

Ich stelle fest, die Motion 261 hat einen Prozess gestartet. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben sich intensiv mit der Kostenstruktur unserer Gemeinde auseinandergesetzt. Bei der Analyse hat sich aber gezeigt, dass der konkrete Vergleich mit anderen Gemeinden sehr schwierig und aufwändig ist und so auch nicht in allen Punkten gemacht werden konnte. Es liegt wohl in der Natur der Sache, dass der Gemeinderat und die Verwaltung den Schwerpunkt einerseits auf die Analyse des Leistungskataloges (Stichwort Horwer Standard) und andererseits in die Begründung der Mehrkosten gesetzt haben (z.B. geografische Rahmenbedingungen). Als Motionär freue ich mich über die Erkenntnisse, die gewonnen und die Diskussionsgrundlage, die geschaffen wurde. Ich glaube, es war der richtige Zeitpunkt, sich intensiver und mit Einbezug weiterer Teile der Verwaltung mit der Kostenstruktur zu befassen. Ich möchte an dieser Stelle aber auch festhalten, dass aus meiner Sicht Fragen der Organisation, der Prozesse und Abläufe zu wenig beleuchtet wurden. Hier hätte ich mehr erwartet. Zudem fehlen mir teilweise die Fakten hinter den Aussagen. bspw. in Bezug auf horwspezifische Leistungen oder geografisch bedingte Mehrkosten. So gesehen ist für mich der Auftrag noch nicht abgeschlossen.

Ich danke aber dem Gemeinderat und allen beteiligten Verwaltungsangestellten schon heute für die geleistete Arbeit und hoffe, dass die Motion einen Prozesse gestartet hat, der weitergeht. Enttäuscht bin ich aber über die Kommunikation bezogen auf die Motion 261. Einerseits die Kommunikation im Blickpunkt: Es war m.E. der falsche Zeitpunkt und der falsche Umfang. Die Art und Weise, wie die vorgeschlagenen Sparmassnahmen kommuniziert worden sind, haben in weiten Teilen der Bevölkerung Verunsicherung

Thomas Zemp (CVP)

verursacht. Man ist davon ausgegangen, dass die aufgelisteten Sparmassnahmen bereits beschlossene Sache sind, dabei diskutieren wir erst über einen Planungsbericht. Andererseits bin ich aber auch enttäuscht darüber, wie mein Name als Motionär in der Verwaltung und in der Bevölkerung verunglimpft wurde. Ich erwähne zwei Beispiele: Es wird kommuniziert, dass ich der Verwaltung Ineffizienz vorwerfe. Das habe ich nie getan. Oder in einem Schreiben an die Eltern der Schülerinnen und Schüler des Schulhauses Biregg wurde nicht zuletzt erwähnt, dass das Schulhaus aus Gründen der Motion Zemp geschlossen werden müsse. Das ist Rufmord und das ist inakzeptabel!

Herr Zemp, Sie haben keinen Prozess gestartet, in der Vergangenheit hat der Gemeinderat wie auch die Verwaltung schon immer nach Optimierungen gesucht. Die Motion hat dem Ganzen in den vergangenen zwei Jahren einen wissenschaftlichen Anstrich gegeben, um vertieft die Prozesse und die finanzielle Situation anzuschauen. Ich danke Ihnen vor allem für die positive Würdigung der Arbeit, der Gemeinderat und alle Verwaltungsmitglieder haben sehr intensiv an dem Produkt gearbeitet.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Dass die politische Würdigung zum Schlussbericht ein wenig anders ausfällt als der Dank für die Arbeit, ist verständlich und soll auch förderlich für die Weiterführung des B+A sein. Wie in allen Analysen, und vor allem die Folgen und Massnahmen daraus, hat das beim Personal zum Teil Ängste ausgelöst. Man ist überzeugt, dass man gute Arbeit leistet, kundenorientiert arbeitet und manchmal auch ein wenig mehr als die Papierservietten auftischt. Wir haben versucht, das Personal mit diversen Informationsveranstaltungen zu beruhigen, vor allem was die 700 Stellenprozente anbelangt, die auf einer Zeitachse von mehreren Jahren ohne Kündigungen und nur mit natürlicher Fluktuation abgebaut werden sollen. Der Gemeinderat hat versucht, in dem B+A die sog. Ja/Ja-Dienstleistungen aufzulisten, bei denen wir entscheiden können, ob wir sie erbringen oder nicht und wenn wir sie erbringen, wie wir sie ausgestalten. Das ist das Resultat, das Sie auch im Blickpunkt gesehen haben oder jetzt im Bericht und Antrag. Wir mussten nachträglich feststellen, dass das Verständnis vielleicht nicht überall gleich angekommen ist. Ich versuche, das noch einmal darzulegen:

Priorität 1, rund 1.8 Mio. Franken, das ist der Stand von 2007. Vergessen Sie nicht, die Motion wurde mit den Vergleichszahlen 2007 eingereicht. Wir haben nicht bis heute still gestanden, sondern gewisse Massnahmen umgesetzt, die bereits 1.1 Mio. Franken ausmachen, wie z.B. das Betriebsamt, die Schliessung des Schulhauses Biregg, das Sie auch mitentschieden haben, usw. Die restlichen rund 700'000 Franken betreffen Sachen, über die man diskutieren kann. Wir werden diese im Budget aufführen.

Priorität 2 ist mittelfristig, also in den nächsten drei bis fünf Jahren, und auch da werden wir die Diskussion führen. Die Diskussion ist lanciert, sei es mit dem Bürger auf der Strasse, sei es im Parlament, sei es in der Verwaltung und wir sind der Meinung, dass das ein guter Echoraum ist, wo man den Puls der Mitarbeitenden aber auch der Bürgerinnen und Bürger fühlen und auch brisante Themen ausdiskutieren kann, die zur Meinungsbildung beitragen.

Priorität 3 ist noch relativ weit entfernt, das ist im Jahr 2014 oder 2015 und dort hat der Gemeinderat ganz deutlich gesagt, dass das Massnahmen sind, die bis auf weiteres aufgeschoben werden, also derzeit keine vertiefte Abklärung. Aber dass es auch da um Substanz geht zeigt, dass die Summe über 1 Mio. Franken ist.

Zu den bereits umgesetzten Massnahmen möchte ich ergänzen, dass das ein Dauerauftrag ist. Das haben wir verstanden und wir werden mit dem Schlussbericht weiterarbeiten, denn wir möchten die Ziele erreichen.

Zu den Bemerkungen:

Organisation, Abläufe usw.: Selbstverständlich hat man das auch in der Diskussion mit den Mitarbeitenden und dem Kader angeschaut und es hat nicht zuletzt einen Einfluss auf den B+A zur Sanierung des Gemeindehauses, in dem man sagt, man könne optimieren.

Investitionen seien ein wenig schmalspurig dahergekommen: Dort stützen wir uns vor allem auf den Finanz- und Aufgabenplan, der ausführlicher aufzeigt, was wir für Möglichkeiten haben.

Von zwei Fraktionen sind die Schwierigkeiten zu den Umfragen erwähnt worden. Es ist tatsächlich so, wir hatten anfänglich gehofft, dass wir von einer Vergleichsgemeinde sehr viel Informationen und Daten bekommen, aber die Zurückhaltung war sehr markant. Man hat deshalb punktuell versucht, mit anderen Gemeinden zu vergleichen und die Informationen zu holen. Nicht zuletzt haben wir auch noch ein externes Büro beauftragt, die BDO Visura, das die Bereiche Friedhof, Werkdienste und Baudepartement analysiert hat. Daraus ist ein positiver Bericht mit Vorschlägen, wo man noch Optimierungen vornehmen kann, entstanden. Die GPK wird mit dem Bericht noch bedient.

Betreffend Personalaufwand sind wir in einer Arbeitsgruppe mit elf Gemeinden daran, ein einheitliches Lohnsystem zu realisieren und zwar nicht über das Personalreglement, das bleibt bestehen, wie wir es heute haben, sondern der Vergleich soll uns helfen, vor allem für Leute, die man auf dem Markt holen muss, einen Vergleich zu haben. Wir werden ab und zu bei Anstellungen ausgesperrt, wenn es heisst, die anderen zahlen mehr.

Sie sehen, es geht weiter, die Diskussion werden wir mit dem Budget 2011 führen, mindestens über rund 700'000 Franken und darüber hinaus geht es noch weiter. In der Detailberatung werden zu Fragen und Bemerkungen die zuständigen Departementsleiter Stellung nehmen.

Detailberatung

4.6 Zusammenfassung und Schlussfolgerung der Analyse "Mehraufwand der Gemeinde Horw"

Ich nehme Bezug auf den ersten Satz im zweiten Absatz: "Dieser 'Mehraufwand' liegt nicht in einer, wie vom Motionär angenommenen, Ineffizienz bei der Verwaltung, sondern ist das Resultat einer Vielzahl von horwspezifischen Faktoren." Das wird noch einmal auf Seite 26 wiederholt, wo es heisst: "Der Mehraufwand liegt nicht in einer ineffizienten Verwaltung, sondern ist das Resultat einer Vielzahl von horwspezifischen Faktoren." Ich möchte Sie bitten, von solchen Behauptungen, der Motionär habe das gesagt, und nachher das auch noch zu kolportieren und in der Verwaltung weiterzubreiten, Abstand zu nehmen. Es steht weder in der Motion etwas von ineffizienter Verwaltung noch ist es in der Begründung vom Motionär noch hat irgendjemand in dem Rat behauptet, die Verwaltung sei grundsätzlich und im Allgemeinen ineffizient. Sehr wohl steht in der Motion etwas von Effizienzsteigerung, das hat aber nichts damit zu tun, dass die Verwaltung oder einzelne Verwaltungsangestellte ineffizient arbeiten würden. Aber wenn man das natürlich immer weiter verbreitet, kann ich mir vorstellen, dass es in der Verwaltung rumort und dass man unzufrieden ist weil man glaubt, man halte die Verwaltung pauschal für ineffizient. Ich bin der Meinung, eine Effizienzsteigerung ist u.a. auch durch eine Verwaltungsorganisation möglich, die die Effizienz steigert und das hängt dann nicht mehr am einzelnen Verwaltungsmitarbeitenden, sondern das ist dann eine Frage vom Gemeinderat, die er dann anpacken müsste. Insofern erwarte ich vom Gemeinderat das Rückgrat, dass er seinen Verwaltungsangestellten gegenüber ehrlich ist und sagt, was effektiv Inhalt der Motion ist und was effektiv im Rat gesagt wurde und nicht solche Sachen kolportiert.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

8.3.1 Massnahmen Management und Organisation

Unter 8.3.1 steht simpel und einfach "Auflösung Einwohnerrat und Einführung Urnenverfahren". Ich glaube, wir könnten mit einem Lächeln über die unmögliche Idee hinweggehen, aber als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte können wir das nicht machen. Es darf nicht unwidersprochen im Raum stehen, dass wir eigentlich gar keine Funktion haben oder wenn schon, dann eine schädliche. Dann könnten wir nämlich nach Hause gehen und den Nachmittag und den Abend andersweitig verwenden. Wie stellt sich der Gemeinderat das denn vor? Allein nur mit dem Urnenverfahren kann man eine 13'000-köpfige Gemeinde nicht steuern und der Gemeinderat möchte ja, dass wir in absehbarer Zeit 17'000 Einwohner haben. Dann wird er zweifellos noch eine Gemeindeversammlung einberufen müssen und wenn man die Versammlungsfreudigkeit von unserem Gemeinderat in der Vergangenheit anschaut, siehe Zukunftskonferenz, Jugendkonferenz usw. möchte ich in den Raum stellen, dass es für den Gemeinderat immer noch ein wenig angenehmer ist, wenn er uns achtmal im Jahr ertragen muss. Wir sind wenigstens noch sachkundig. Eine Gemeindeversammlung aber kann nicht anhand solcher Unterlagen wie wir sie haben, in einer Versammlung eine Diskussion führen. Das wäre wesentlich schwieriger. Zudem ist es ja üblich, dass wir bei allen Versammlungen am Anfang oder am Schluss einen Apéritif spendieren, die Kosten sind aber nirgends aufgeführt. Wenn man die eingesparten Kosten anschauen möchte, beträgt allein der Anteil interner Kosten plus unsere direkten Kosten 0.5 Mio. Franken. Haben wir denn dann keinen Nutzen mehr? Die Berichte und Anträge werden in der GPK, der BVK, der Gesundheits- und Sozialkommission und schliesslich noch, wohlverstanden gratis, in stundenlangen Fraktionssitzungen behandelt. Was da manchmal an Unausgesehenem, Unvollständigem, ja direkt falschen Sachen in den B+A's auf uns zukommt ist immerhin auch erheblich. Ich würde sagen, ein B+A ist nur schlüssig und einigermaßen zutreffend, wenn er alle Institutionen des Einwohnerrates durchlaufen hat. Das ist doch ein unschätzbare Gegenwert, der hier nirgends enthalten ist. Unser Finanzvorstand weiss ja, dass eine Bilanz nicht nur aus Soll besteht, sondern aus einer Soll- und einer Habenseite. Hier ist aber nur die Sollseite aufgeführt, für mich unverständlich. Es gäbe aber noch eine grössere Einsparungsmöglichkeit, nämlich die Abschaffung des Gemeinderates. Ich kann Ihnen das schlüssig erklären: Man hat hier und da eine professionelle, unpolitische Leitung von Gemeinden ins Werk gesetzt, das würde in etwa so aussehen: Man hätte einen CEO, der leitet z.B. den Bereich Schule und das Baudepartement, wir hätten einen CFO, Chief Financial Officer, der würde die Finanzen und dieses oder jenes machen, das müsste man natürlich neu aufteilen. Wir hätten einen COO, das wäre ein Chief Organisation Officer, das könnte z.B. sehr gut durch unseren Gemeindeschreiber gemacht werden. Dann hätten wir drei zu hundert Prozent Angestellte und das wäre um einiges billiger als das, was wir uns heute mit dem Gemeinderat leisten. Zudem hätten wir die Möglichkeit, auf dem Arbeitsmarkt die tüchtigsten Leute zu engagieren. Wir hätten aber auch die Möglichkeit, wenn die Leute nicht so gut sind wie man gedacht hatte, diese zu entlassen und bessere zu suchen. Die Einsparung, die man mit dem Modell erzielen würde, wäre mindestens das Doppelte von dem, was wir allenfalls mit dem Wegfall des Einwohnerrates erzielen können. Ich bin jetzt auf die "Fasnachtsidee" des Gemeinderates eingestiegen. Es ist ja unrealistisch, abgesehen davon müsste ja jede Änderung, ob es die Abschaffung des Einwohnerrates oder des Gemeinderates wäre, zuerst noch durch das Volk genehmigt werden und da bin ich zuversichtlich, dass wir Dreissig mindestens so stark mit dem Volk verwurzelt sind wie die fünf Damen und Herren, die dort vorne sitzen.

Ich möchte die Betrachtungsweise ein wenig anders darstellen. Horw ist die kleinste Parlamentsgemeinde und wenn ich gesagt habe, man könne laut über die Abschaffung des Einwohnerrates nachdenken, ist das natürlich nicht so gemeint, dass es nicht irgendwo noch parlamentarische Kommissionen geben muss. Der Stein des Anstosses war, dass man unter Priorität 3 gesagt hat, man denke z.B. darüber nach, eine 1. Augustfeier oder die Jungbürgerfeier abzuschaffen. Das Instrument des Parlamentarischen

Alwin Larcher (SVP)

Roger Jenni (FDP)

muss es geben, ich habe auch nicht grenzenloses Vertrauen in den Gemeinderat und sage, das müsse auf dem Weg direkt funktionieren. Wenn man sieht, welche Effizienz z.B. eine GPK oder eine GSK hat, und ich nehme auch die BVK nicht davon aus, und man kann nachher mit den Empfehlungen an die Urne gehen, kann das natürlich eine Effizienzsteigerung sein. Was z.B. in der Gemeinde Ebikon sehr gut funktioniert, könnte auch für uns eine Effizienzsteigerung sein. Ich mache mir keine Illusionen, man spart keine 0.5 Mio. Franken, aber bevor wir 2'000 Franken hier sparen und 3'000 Franken da, war meine Idee, laut darüber nachzudenken, ob man allenfalls 100'000 oder 200'000 Franken sparen kann. Ich glaube, für so etwas müsste das Interesse von allen hier Beteiligten da sein, dass auch wir die Grösse haben und uns selber zu einem gewissen Teil infrage stellen, wenn alles andere schon so infrage gestellt wird.

Ich nehme auch Bezug auf die Anschaffung des Einwohnerrates und auf die Tabellen 8.3.1 und 8.3.6, in denen das erwähnt ist. Am Anfang habe ich es schlicht und einfach für einen Scherz gehalten und eine Retourkutsche des Gemeinderates an den Einwohnerrat, weil man dem Gemeinderat die Motion aufs Auge gedrückt hat. Als ich dann aber ein wenig nüchterner überlegt habe, habe ich gedacht, dass man das wirklich anschauen muss. Man kann effektiv so einen Vorschlag vertieft prüfen, man muss dann aber wirklich alle Fakten auf den Tisch bringen und nicht nur das, was in den zwei relativ mageren Tabellen steht. Ich habe mir dann selber überlegt, was die Vor- und Nachteile sind, musste aber im Gegensatz zu Herrn Jenni erkennen, dass beispielsweise in Ebikon genau die Diskussion, Einwohnerrat Ja oder Nein stattfindet, weil dort im Moment eine unbefriedigende Situation herrscht. Ich habe die Tabellen angeschaut und bin dann wieder zu meiner Erstbeurteilung zurückgekommen, dass es sich doch um einen Scherz handeln muss. Der Gemeinderat hat mit Eifer versucht, eine Priorität 3 zu begründen, während die Prioritäten 1 und 2 zum Teil absolut mager abgehandelt werden. Man liest, man sei die kleinste Gemeinde, die einen Einwohnerrat hat und wenn man nachher einen Lohnvergleich beim Gemeinderat macht stellt man fest, dass wir, obwohl wir von allen Parlamentsgemeinden die kleinste sind, nicht die kleinsten Gemeinderatslöhne haben. Das müsste man ja eigentlich auch auf die Exekutive anwenden. Gemäss der Tabelle 8.3.6 sparen wir nach Ansicht des Gemeinderates 194'000 Franken, wenn wir den Einwohnerrat auflösen. Gleichzeitig sparen wir 29'000 Franken durch die Streichung der Beiträge an die Parteien des Einwohnerrates, den es dann aber nicht mehr gibt. Wir sparen 10'000 Franken für den Versand an Akten an einen Einwohnerrat, den es nicht mehr gibt, 4'000 Franken für eine Präsidentenfeier, die gar nicht mehr stattfindet und 4'000 Franken für die Reduktion der Verpflegungskosten an der Präsidentenfeier, eine Feier, die es gar nicht gibt, weil der Einwohnerrat abgeschafft ist. Das zeigt mir, dass das Anliegen gar nicht ernst geprüft wurde, sondern man hat das einfach einmal aufgenommen, weitergezogen und daraus eine gewisse Geschichte gemacht. Ich werde Ihnen bei Punkt 8.3.6 beantragen, auf die Streichung der Positionen 5001, die den Einwohnerrat betreffen zu verzichten, denn es ist nicht möglich, dass Sie dort Sparpotenzial haben, wenn Sie den Einwohnerrat abgeschafft haben.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass wir Priorität 3 nicht weitergedacht haben, sondern man hat die direkten Kosten genommen und bei grossen Beträgen auch die indirekten Kosten angeschaut. Wenn man den Einwohnerrat überhaupt auflöst, wäre das irgendwann im Jahr 2016, 2020 oder 2024 möglich, was aber nicht heisst, dass man trotzdem Beiträge an Parteien leisten müsste oder eine Präsidentenfeier vor 2013 oder 2014 noch stattfinden kann. Wir sehen auch die kleineren Beträge der Priorität 2, die man in den Vordergrund setzen kann, aber was die Auflösung des Einwohnerrates anbelangt, ist das im Jahr 2014, 2016 oder noch weiter hinten.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Herr Larcher hat ein Modell skizziert, das ich nicht ganz unbeantwortet lassen möchte, und zwar die Abschaffung des Gemeinderates. Ich habe einmal etwas von Demokratie und Gewaltentrennung gehört und ich glaube, das gehört schon dazu. Ohne Gemeinderat, nur mit CEO à la Aktiengesellschaft zu arbeiten wäre nicht mehr ganz das System, das wir haben. Ich sehe eine Einsparungsmöglichkeit, ich weiss z.B., dass Luzern einen guten Stadtrat hat und man könnte recht Kosten sparen, wenn man sich dort angliedern würde.

Jörg Stalder (L20)

Wir haben betreffend Einwohnerrat diskutiert, ob dieser effizient ist oder nicht. Meine Damen und Herren, es liegt an uns, das Ganze effizient zu machen. Man kann schon die Vorlagen des Gemeinderates verreissen, man findet immer etwas, das nicht stimmt. Der Gemeinderat gibt sich Mühe und macht relativ umfangreiche Dossiers. Diskussionen sind sicher wichtig, aber bitte probieren Sie, sich im Sinne der Effizienz auf das Wesentliche zu beschränken.

Die ersatzlose Streichung des Einwohnerrates hat zur Folge, dass irgendetwas anderes, in welchem Gefüge auch immer, auch etwas kosten würde und das ist hier in keiner Art und Weise aufgeführt.

Roger Jenni (FDP)

Meine Kritik an der Streichung der Parteibeiträge usw. entzündet sich an der Summe von 406'000 Franken. Diese ist schlichtweg falsch, auch wenn Sie im 2014 rausgenommen wird und der Einwohnerrat erst ab 2016 gestrichen wird.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Zu Herrn Stalder muss ich sagen, das Modell CEO ist nicht auf dem Mist von Herrn Larcher gewachsen. Das Gemeindegesetz gibt die Möglichkeit, dass sich eine Gemeinde mit drei Gemeinderäten organisieren kann, die nur noch rein strategische Aufgaben wahrnehmen. Die haben ein Minimalpensum und im Übrigen führt ein CEO und die übrigen Funktionen sind genau so, wie sie Herr Larcher geschildert hat. Das hat überhaupt nichts mit Gewaltentrennung zu tun, sondern das stand zur Diskussion. Als wir die Gemeindeordnung diskutiert haben, hat der Gemeinderat selber die verschiedenen Varianten aufgezeigt und man hat sich hier im Rat für das Beibehalten des bisherigen Systems entschieden.

8.3.3 Massnahmen Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Ich werde Anträge zu etwa sechs verschiedenen Punkten stellen, weil mir wichtig ist, dass man erstens nicht weitere Aktivitäten diesbezüglich auslöst und zweitens dem Gemeinderat klare Signale gibt, in welche Richtung er diesbezüglich weiterarbeiten soll. Ich hoffe, das sind Punkte, die einen breiten Konsens finden werden und die paar Minuten, die wir darüber diskutieren, um nachher zu einer Abstimmung zu kommen sind es wert für das, was man nachher an Folgekosten sparen kann.

Konrad Durrer (L20)

Antrag zu KST 2301 Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Die Reduktion der Reinigungsintervalle bei den Gemeindeliegenschaften sollen nochmals überdacht werden, besonders bei den Schulhäusern und den öffentlichen Anlagen.

Auch die BVK hat sich in der Richtung geäussert. Eine mangelhafte Reinigung macht nicht nur einen schlechten Eindruck, sondern kann auch zu Folgeschäden führen. Ein dreckiger Ort verführt auch Personen dazu, sich noch unordentlicher zu verhalten. Beides führt mittelfristig zu einer Kostensteigerung statt zu einer Reduktion.

Bevor wir über die verschiedenen Bemerkungen abstimmen möchte ich gerne wissen, wie weit die Vorschläge der Priorität 1 bereits in das Budget eingeflossen sind. Wenn sie nämlich im Budget schon berücksichtigt sind befürchte ich, dass wir die Diskussion zweimal führen und dann würde ich sie lieber beim Budget führen als heute. Wenn das Budget aber noch nicht so weit ist, könnte man das allenfalls heute diskutieren.

Thomas Zemp (CVP)

Wie ich beim Eintreten bereits ausgeführt habe, sind die rund 700'000 Franken im Budget berücksichtigt. Am Wochenende findet noch ein Feintuning statt, falls heute noch etwas ganz Wichtiges käme.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Dann bitte ich Sie, die Bemerkungen beim Budget zu machen, dann können wir es dort diskutieren. In diesem B+A ändert es nichts mehr, wenn wir jede Position diskutieren.

Thomas Zemp (CVP)

Herr Durrer, halten Sie an Ihrem Antrag fest?

Robert Odermatt
(SVP)

Meines Erachtens hat Herr Helfenstein gesagt, es fände noch ein Feintuning statt und deshalb finde ich es sinnvoll, wenn wir jetzt Stellung dazu nehmen.

Konrad Durrer (L20)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung von Konrad Durrer, die Reduktion der Reinigungsintervalle bei den Gemeindeliegenschaften nochmals zu überdenken, besonders bei den Schulhäusern und den öffentlichen Anlagen.

Robert Odermatt
(SVP)

Der Antrag wird mit 11:13 Stimmen abgelehnt.

Ordnungsantrag

Ich mache beliebt, die Diskussion über Einzelpunkte abubrechen. Es ist eine Zeitverschwendung, Herr Stalder hat uns dargelegt, dass wir uns auf das Wesentliche konzentrieren sollen. Die Diskussion wird in der gleichen Form noch einmal geführt und ich stelle den Antrag, heute keine weiteren Abstimmungen zu Einzelpositionen durchzuführen.

Markus Bider (CVP)

Ich würde es begrüßen, wenn Sie dem Antrag folgen. Wir sprechen hier von einem Planungsbericht bzw. Bemerkungen, die man berücksichtigen kann oder nicht. Die Diskussion und Ihre endgültige Entscheidung findet bei der Budgetberatung statt.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Bei Priorität 1 leuchtet das ein, aber über die Prioritäten 2 und 3 sollte man jetzt hier diskutieren.

Jörg Stalder (L20)

Herr Bider, ist Ihr Ordnungsantrag für alle Prioritäten gemeint?

Robert Odermatt
(SVP)

Ja, über alle Prioritäten, weil die Prioritäten 2 und 3 sowieso in der Zukunft liegen und das Gleiche für die zukünftigen Budgets auch gilt.

Markus Bider (CVP)

Ich möchte den Ordnungsantrag dahingehend präzisiert wissen, dass die Positionen, über die wir jetzt nicht diskutieren, in den zukünftigen Budgets so ausgewiesen werden. Sonst gehen wir irgendwann einmal bei einem geringeren Detaillierungsgrad des Budgets über so etwas hinweg und dann ist es beschlossen. Wenn es in den Budgets ausgewiesen wird und darüber abgestimmt werden kann, wird auch den Anliegen von Herrn Stalder und Herrn Durrer Rechnung getragen, dass irgendwann einmal darüber befunden und nicht einfach still und leise darüber hinweggegangen wird.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Ich danke Herrn Jung für den Präzisierungsvorschlag, ich denke, das ist im Sinn von dem, was ich vorgeschlagen habe. Wir stimmen heute über nichts Einzelnes ab, erwarten aber vom Gemeinderat, dass er in künftigen Budgetdiskussionen und -vorlagen auf die Prioritäten, so wie sie jetzt vorliegen, wieder Bezug nimmt.

Markus Bider (CVP)

Ich denke, wenn man über die Prioritäten 2 und 3 Bemerkungen hat und darüber abgestimmt wird, gibt man dem Gemeinderat ein Signal, wie es in den Jahren 2012, 2013 und 2014 berücksichtigt werden soll. Wenn das Budget 2011 gemacht ist, kann ich verstehen, dass man das nicht mehr ändern möchte, aber wenn man in die Zukunft schaut, sollte man über die Prioritäten 2 und 3 allenfalls abstimmen können.

Beatrice Heeb-Wagner
(LZO)

Abstimmung:

Ordnungsantrag von Markus Bider, über Einzelpositionen der Prioritäten 1 bis 3 nicht abzustimmen.

Robert Odermatt
(SVP)

Dem Antrag wird mit 20:6 Stimmen zugestimmt.

8.3.5 Massnahmen Werkhof

KST 2500 Verrechnung und/oder Verzicht des Winterdienstes, der Reinigung und der Strassenbeleuchtung auf Privatstrassen

Roger Jenni (FDP)

Bei einem Verzicht auf den Winterdienst muss man immer auch den Faktor Sicherheit im Auge behalten. Es gibt sicher Strasseneigentümer, die nicht einmal dort wohnen und sich sagen werden, dass sie sich das Geld lieber sparen. Da muss man sich die Konsequenzen überlegen, wenn ein Auto auf einer Privatstrasse, vielleicht ist es noch ein Schulweg, ins Rutschen kommt. Ich bitte darum, die Sicherheitsaspekte bei den Überlegungen mitzuberücksichtigen. Ich bin auch dafür, zu sparen, die Verhältnismässigkeit muss sich aber rechtfertigen und die stelle ich hier infrage.

Ich möchte zuerst noch eine Bemerkung zum Ordnungsantrag von vorher machen: Nach Art. 70 unserer Geschäftsordnung ist jedem Ratsmitglied freigestellt zu verlangen, dass über eine Bemerkung abgestimmt wird. Wir haben eigentlich jetzt die Geschäftsordnung abgeändert, was ich respektieren werde, aber ich bitte darum, dass wir sonst nach der Geschäftsordnung arbeiten.

Konrad Durrer (LZO)

8.3.6 Massnahmen Verwaltung

Zu KST 5001 möchte ich bemerken, dass der gemeinsame Wahlversand weiterhin durchgeführt werden soll. Die Wählerinnen und Wähler bekommen die Wahlpropaganda gleichzeitig und aus einem Couvert. So ist die Information optimal. Es ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll und es werden noch Arbeitsplätze im Brändi unterstützt. Hier überwiegen die Vorteile doch bei weitem.

Ihre Bemerkung kann ich verstehen, ich habe den Punkt angeschaut. Art. 55 Abs. 1, Ordnungsanträge, bezieht sich auf die Form der Behandlung. Ich hatte das Gefühl, das hat dort Platz und aus dem Grund habe ich keine 2/3-Mehrheit verlangt. Es ist aber sicher ein Diskussionspunkt, denn wir sind in den roten Bereich gegangen, indem man die Abstimmung oder den Antrag von Herrn Bider so zugelassen hat.

Robert Odermatt
(SVP)

Ich habe eine Bemerkung zum gemeinsamen Wahlversand. Bei den Abstimmungen, z.B. auch für nächsten Sonntag hat man die Unterlagen mit den Stimmzetteln erhalten. Vielleicht kann der Gemeinderat prüfen, ob nicht auch bei Wahlen alles in einem Couvert verschickt werden kann. Man könnte vorgeben, was für Flyer man in welchem Umfang beilegen könnte.

Urs Rölli (FDP)

Das ist vom Gesetz her nicht möglich, denn es gibt ein Verbot, die beiden Sachen zu mischen. Es geht also nicht.

Markus Hool (FDP)

8.3.8 Massnahmen Bildung

Die L2O ist generell gegen die im Bildungsbereich in Priorität 2 und 3 vorgeschlagenen Massnahmen, d.h. wir wehren uns gegen die Schliessung der Schulbibliotheken, den Verzicht auf Ferienpässe, die Erhöhung der Elternbeiträge, den Verzicht auf Ensembles und das Fundraising an der Musikschule. Ganz speziell wehren wir uns gegen Anträge, dass die Klassengrössen generell erhöht werden sollen. Sogar der Bundesrat der FDP Schneider Ammann äussert in der NZZ, dass die Bildung der wichtigste Rohstoff der Schweiz ist. Also sparen wir doch da einfach nicht! Nicht zuletzt auch, weil wir die besten Schulen wollen. Die besten Lehrerinnen und Lehrer unterrichten nicht bevorzugt da, wo sie am meisten Kinder in der Klasse haben. Exzellente Ausbildung, das ist eine wichtige Auszeichnung einer Gemeinde, um Leute anzuziehen, die vielleicht nicht zum vom Gemeinderat vielumworbene(n) Steuersubstrat gehören, sich dafür aber in öffentlichen und ehrenamtlichen Aufgaben und Ämtern für das Wohl der Gemeinde einsetzen.

Konrad Durrer (L2O)

8.3.9 Massnahmen Kultur und Freizeit

KST 5301 Streichung der Bürgerrechtsfeier

Die Feier hat in den letzten vier Jahren nur noch alle zwei Jahre stattgefunden, der Spareffekt wäre 1'000 Franken im Jahr, das würde ich nicht berücksichtigen.

Beatrice Heeb-Wagner (L2O)

Meine Bemerkung geht genau in die gleiche Richtung, und zwar zur Streichung der Feier der 20-Jährigen. Ich würde die 4'000 Franken auch nicht berücksichtigen.

Marcel Zimmermann (SVP)

8.3.11 Massnahmen Soziale Wohlfahrt

KST 5502 AHV-Zweigstelle, Arbeitsamt

Ich habe eine Verständigungsfrage zur Zusammenlegung AHV und Arbeitsamt mit den Einwohnerdiensten und hole damit schon ein wenig aus auf den B+A Sanierung Gemeindehaus. Ist die Diskretion noch gewährt, wenn die beiden Bereiche zusammen sind?

Jörg Stalder (L2O)

Die Diskretion ist sicher ein hohes Gut, das wir aufrecht erhalten wollen. Das ist nicht zuletzt auch einer der Punkte, den wir mit einer Sanierung realisieren wollen. Aber so detailliert, wo schlussendlich effektiv alles sein wird, haben wir das noch nicht besprochen. Vor allem die stark frequentierten Bereiche möchten wir im Parterre konzentrieren und das müssen wir noch genau anschauen.

Gianmarco Helfenstein (CVP)

Die Zusammenlegung der AHV-Zweigstelle mit den Einwohnerdiensten finde ich sehr problematisch. Die Diskretion ist in meinen Augen sicher nicht mehr gewährleistet und man muss bedenken, dass am Schalter einer AHV-Zweigstelle eine grosse Bandbreite von Kunden ist. Vom Millionär bis zum Sozialfall erscheint dort so ziemlich alles und ich finde es wichtig, dass die Anliegen und Probleme diskret behandelt werden können. Der Schalter ist auch zugleich Anlaufstelle von "Horwer hälfed enand" und auch diese Gesuche müssen diskret behandelt werden. Von daher finde ich es problematisch, wenn man die Bereiche zusammenlegen würde.

Heidi Pieper-Berdux (FDP)

KST 5505 Einsparungen beim Arbeitsintegrationsprogramm und den Dauerarbeitsplätzen

Hier geht es darum, Personen am untersten Ende zu helfen, aber nicht jedem, durch unser Sozialamt wird sorgfältig ausgewählt, wer in das Programm kommt. Es sind fünf Plätze, die man abschaffen möchte und ich möchte gerne bemerken, dass die Einsparungen beim Arbeitsintegrationsprogramm und den Dauerarbeitsplätzen zu reduzieren sind und das im Budget so vorgeschlagen wird. Der FDP und der SVP möchte ich beliebt machen, dass das zum Teil Arbeitsplätze in Horw sind, die Leute arbeiten z.B. im Brändi oder im Atelier für Frauen. Der CVP möchte ich einmal zu bedenken geben, sich ihrem "C" zu besinnen.

Konrad Durrer (L2O)

In vielen Belangen können wir Herrn Durrer durchaus folgen. Aber eines ist doch auffallend: Überall dort, wo es etwas kostet, ist er dafür. Überall dort, wo der Gemeinderat, wenn auch nicht so verbindlich, Einsparungsmöglichkeiten vorschlägt, ist er dagegen.

Alwin Larcher (SVP)

8.3.12 Massnahmen Verkehr

Die Gebührenerhöhung für Dauerparkierer beträgt 5.00 Franken pro Monat, das macht im Jahr 60.00 Franken aus. Das Gemeindepersonal und die Lehrschaft bezahlt 30.00 Franken pro Monat oder 300.00 Franken pro Jahr und das Personal Kirchfeld 20.00 Franken pro Monat oder 200.00 Franken pro Jahr. In Kriens bezahlt das Gemeindepersonal 400.00 Franken, da könnte die Gemeinde noch etwas verdienen. In Bern oder Zürich zahlt man im Monat 100.00 Franken für einen Parkplatz.

Roland Bühlmann (SVP)

8.3.13 Massnahmen Raum und Umwelt

KST 5701 Umwelt

Horw trägt das Label Energiestadt und das Energiepolitische Programm ist ein Bestandteil davon. Horw vergleicht sich gerne mit Luzern und Meggen, im Bereich der Energieförderung spielt Horw mit 60'000 Franken aber eine Liga tiefer als die Vergleichsgemeinden.

Jörg Stalder (L20)

5703 Bauwesen

Man beabsichtigt irgendwann, telefonische Beratungen und die Beratungen vor Ort in Rechnung zu stellen. Damit erhofft man sich eine Kostenersparnis von 20'000 Franken. Es wird einen guten Grund haben, dass das Priorität 3 hat, denn wenn Sie anfangen, die Beratungen zu verrechnen, kann der Bumerang zum einen sein, dass es rechtlich angefochten wird, weil das Leistungsmass sehr schwer zu bemessen ist. Zum anderen gehört eine Beratung zur Informationspflicht einer Gemeinde. Ausserdem müssen Sie daran denken, dass gerade im Bauwesen, wenn jemand zum Nutzen oder vermeintlichen Nutzen der Gemeinde an die Gemeinde gelangt und dann noch das Risiko eingeht, dass die Beratung etwas kostet, obwohl u.U. der Nutzniesser die Gemeinde wäre, einfach nicht anruft. Dann wäre der Nutzen der Gemeinde in einzelnen Fällen vielleicht pro Einheit 20'000 Franken weniger als was hier für ein ganzes Jahr gerechnet wurde. Nehmen Sie Abstand von solchen Sachen. Es hat zwar irgendwo seinen Reiz, Sie haben einen Sparwillen und müssen schauen, woher das Geld kommt. Sie möchten keine Steuererhöhungen und es soll über Gebühren gehen, aber die Sensibilität, dass das nicht in allen Bereichen ganz gut ankommt, muss man vielleicht noch entwickeln, sonst kann für die Gemeinde der Schuss nach hinten losgehen.

Roger Jenni (FDP)

Abstimmung:

Der Planungsbericht über die Optimierung des Finanzhaushaltes der Gemeinde Horw wird mit 25:0 Stimmen zur Kenntnis genommen.

Robert Odermatt (SVP)

2. Bericht und Antrag Nr. 1429 Finanz- und Aufgabenplan 2011 - 2016

Eintreten GPK

Mit dem Bericht und Antrag 1429 legt uns der Gemeinderat den Finanz- und Aufgabenplan für die Jahre 2011 - 2016 vor. Wie jedes Jahr hält die GPK einleitend fest, dass der Finanzplan ein rechtlich unverbindliches Führungsinstrument des Gemeinderates ist. Der Finanzplan soll aufzeigen, wie sich die finanzielle Situation der Gemeinde Horw aus heutiger Sicht in den kommenden Jahren entwickeln wird. Es ist also eine Prognose für die Zukunft, die mit Unsicherheiten verbunden ist.

Thomas Zemp (CVP)

Eckwerte:

- 4.8 Mio. Franken kumulierter Aufwandüberschuss über die Planperiode von 6 Jahren
- Zunahme der Nettoschuld pro Einwohner von 1'521 auf 6'469 Franken
- bei gleich bleibendem Steuerfuss von 1.60 Einheiten.

Mit diesen Werten zeigt der Finanz- und Aufgabenplan, in Bezug auf die Ergebnisse der Laufenden Rechnung, ein wesentlich besseres Bild als noch im Vorjahr prognostiziert. Zur Erinnerung: Der letzte Finanz- und Aufgabenplan rechnete mit einem kumulierten Aufwandüberschuss von 19.2 Mio. Franken über die Planperiode von 6 Jahren. Unverändert schlecht sind hingegen die Prognosen betreffend Nettoverschuldung.

Zusammenfassend kommen wir zu folgenden Feststellungen und Hinweisen:

- Basis für den Finanzplan bilden die Rechnung 2009 und insbesondere das Budget 2010.
- Der Finanzplan rechnet mit einem über die ganze Planperiode gleich bleibenden Steuerfusses von 1.60 Einheiten.
- Die Steuererträge werden gegenüber dem Vorjahr wesentlich optimistischer budgetiert. Während damals mit einem Ertragswachstum von 2-3 % kalkuliert wurde, sind es jetzt 3-4 %. Das laufende Jahr bestätigt diese optimistische Annahme. Es zeigt sich, dass die Gemeinde von der Wirtschaftskrise praktisch verschont wurde. Die umliegenden Gemeinden und auch der Kanton budgetieren mindestens ebenso optimistisch. Weiter gilt es zu erwähnen, dass die Annahme der Ortsplanung und der Start der Entwicklung im ESP Bahnhof vorausgesetzt wurden. Sollte die Abstimmung anders laufen als erwartet, müsste man auch den Finanz- und Aufgabenplan angleichen.
- Der kumulierte Aufwandüberschuss von 4.8 Mio. Franken kann durch das Eigenkapital aufgefangen werden. Es kommt zu keinem Bilanzfehlbetrag.
- Belastend auf der Einnahmeseite wirken sich insbesondere die Steuergesetzrevision 2011 und die Pflegefinanzierung aus. Zusammengezählt sind das Beträge zwischen 3.5 und 4 Mio. Franken Mehrbelastung.
- Diverse Massnahmen aus dem Planungsbericht 2 zur Motion 261 wurden in der Planung bereits berücksichtigt. Die Kommission hat diese Punkte nicht besprochen und ich verweise auf die separate Behandlung des B+A.
- Betreffend Investitionen zeigt sich, dass in der Planperiode mit rund 81 Mio. Franken Nettoinvestitionen gerechnet wird. Davon entfallen rund 14.1 Mio. Franken auf Spezialfinanzierungen. Die grössten Projekte sind:
 - Oberstufenschulhaus: 27.5 Mio. Franken, man beachte, im letzten Jahr ist man von 15 Millionen Franken ausgegangen.
 - Gemeindehaus: 7.3 Mio. Franken, letztes Jahr ist man von 5.3 Mio. Franken ausgegangen
 - Wasserversorgung: 12.0 Mio. Franken
 - Sanierung der St. Niklausenstrasse 12.8 Mio. Franken
 - Groberschliessung Bahnhof Süd 7.7 Mio. Franken

Diese Investitionen führen zu Finanzierungsfehlbeträgen von insgesamt 70 Mio. Franken. Dieses Geld muss praktisch vollständig am Kapitalmarkt aufgenommen werden. Die Nettoverschuldung steigt von heute 19.9 Mio. auf knapp 90 Mio. Franken, was einer Nettoschuld von fast 6'500 Franken pro Einwohner entspricht, ein Wert, der einiges über den Vorgaben des Kantons Luzern liegt. Bei dem heute sehr tiefen Zinsniveau ist das zwar finanzierbar, aber das Risiko im Fall steigender Zinsen ist sehr hoch. Die Kommission ist mehrheitlich der Meinung, dass eine derart hohe Verschuldung nicht vertretbar ist und da muss nach Lösungen gesucht werden.

Zu den Spezialfinanzierungen gibt es aus Sicht der GPK zur Zeit nichts anzumerken.

Wir empfehlen dem Einwohnerrat, auf den B+A Nr. 1429 einzutreten und im Anschluss an die Detailberatung davon Kenntnis zu nehmen.

Eintreten BVK

Die BVK hat sich bei der Behandlung des B+A auf die bau- und verkehrsrelevanten Punkte beschränkt.

Jörg Stalder (L20)

Bei den Investitionen sind unter dem Begriff Groberschliessung Bahnhof Süd die Ausgaben für die Aufweitung Unterführung, Busbahnhof und Bahnhofplatz zusammengefasst. Die Dimensionen der Erschliessungsleitungen Wasserversorgung und Siedlungs-entwässerung reichen auch für die geplanten Bauten aus. Die geplanten Gesamtinvestitionen von ca. 70 Mio. Franken in den nächsten 5 Jahren können gemäss Finanzplan finanziert werden. Weiterer Finanzbedarf kann kurzfristig entstehen, wenn Erschliessungsbauwerke in Überbauungen erstellt werden und der vereinbarte Gemeindeanteil zur Zahlung fällig wird. Die BVK ist für Eintreten und anschliessende Kenntnisnahme des B+A Nr. 1429.

Eintreten GSK

Mit dem vorliegenden Geschäft wird der Finanz- und Aufgabenplan für die Periode 2011 bis 2016 behandelt. Die GSK hat die für sie relevanten Themen diskutiert und hält folgende Punkte fest:

Urs Hediger (CVP)

Amtsvormundschaft:

Wir haben über die hohen zu erwartenden Kosten im Bereich Amtsvormundschaft diskutiert. Das neue System wird erst per 2011 eingeführt und hat weniger Berechnungskomponenten als bisher. Neu wird jedoch mehr über den effektiven Stundenbedarf abgerechnet. Heute sind in einem zusätzlichen Grundbeitrag von 900 Franken pro Fall die ersten 15 Stunden abgegolten und steigen danach pro weitere 10 Stunden um 400 Franken. In Zukunft wird der effektive Stundenaufwand pro Klient zu einem Ansatz von 60 Franken abgerechnet. Damit werden die Durchschnittskosten pro Stunde höher und die Anzahl von nötigen Massnahmen ist auch am Steigen. Dabei hat man eine Steigerung von 10 % angenommen. Auf dieser Grundlage wurde der aktuelle hohe Behandlungsbedarf unserer Mandate hochgerechnet. Der höhere Stundenansatz von der Amtsvormundschaft kommt daher, dass die Fallbelastung pro Mandatsträger zu hoch war und daher zusätzliches Personal eingestellt werden musste, wodurch sich die Kostensteigerung noch weiter erhöhte. Aufgrund des Systemwechsels ist es sehr schwierig, eine verlässliche Budgetierung vornehmen zu können.

Pflegefinanzierung:

Es wird festgestellt, dass mit der neuen Pflegefinanzierung hohe Kosten auf die Gemeinden zukommen werden. Man hat wohl bisher mit den bekannten Zahlen gerechnet, weiss jedoch noch nicht genau, wohin die Reise führen wird. Man wird jetzt einmal auf den politisch beschlossenen Weg gehen müssen, um dann zu sehen, wo und wie allenfalls Korrekturen vorgenommen werden können.

Soziale Wohlfahrt:

Die "Subventionierung max. einer besuchten Spielgruppe" bedeutet, dass nur noch der Besuch eines vergünstigten Spielgruppenangebotes sichergestellt wird. Der Besuch einer zweiten Spielgruppe wird mit Vollkosten verrechnet.

Mit Überraschung wurde festgestellt, dass die Projektstelle für die "Sozialräumliche Jugendarbeit" weitergeführt wird, obwohl man an dieser Stelle, in der Debatte Budget 2010, bereits einmal bemerkt hat, dieses Projekt nicht mehr weiterzuführen.

Verkehr:

Das Buskonzept (Ortsbus) war bereits im letzten Finanz- und Aufgabenplan enthalten. Die Erhöhung des Betrages von 100'000 auf die 600'000 Franken ist vom Werdegang der Planung bis zum Betrieb zu verstehen.

Bevölkerungsentwicklung:

Die Aufgaben sowie Aufwendungen für Spitex sowie im Alters- und Pflegesektor werden stetig zunehmen. Ist man gerüstet für diese Entwicklung, oder wird man von der kommenden Entwicklung überrascht? Gemäss Oskar Mathis ist man im Moment daran, das Altersleitbild zu überarbeiten und mit den Ergebnissen der konkreten Analyse wird man eine saubere Ausgangslage schaffen, um ein entsprechendes Alterskonzept zu entwickeln.

Die GSK ist für Eintreten und nimmt den vorliegenden B+A einstimmig zur Kenntnis.

Eintreten CVP

Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich der vorliegende Finanz- und Aufgabenplan um einiges positiver. Im Vorjahr wurde noch von einem kumulierten Verlust von 19.2 Mio. Franken gesprochen. Diese Zahl wurde jetzt auf 4.8 Mio. Franken korrigiert. Diese positive Zahl ergibt sich hauptsächlich, weil der Gemeinderat von einem voraussichtlichen Wachstum von 3 bis 4 % ausgeht, das ist für die CVP aber zu optimistisch. Uns ist es wichtig festzuhalten, dass wenn die Ortsplanung abgelehnt würde, der Finanz- und Aufgabenplan noch einmal grundlegend überarbeitet werden müsste. Die geplante hohe Verschuldung gibt dem Ganzen einen negativen Anstrich, z.B. im Jahr 2015 rechnet der Gemeinderat mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 6'182 Franken, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 39 Franken pro Kopf ausmacht. Das heisst auch, dass die Investitionen noch höher steigen als letztes Jahr prognostiziert. Die CVP-Fraktion dankt für die Erarbeitung des B+A und ist einstimmig für Kenntnisnahme.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion ist zu dem Schluss gekommen, dass der Finanz- und Aufgabenplan überladen ist. Eine sorgfältige Recherche hat nämlich ergeben, dass die geplanten Ausgaben die finanziellen Ressourcen der Gemeinde übersteigen. Es ist anzunehmen, dass somit die Leitsätze von der Finanzpolitik grösstenteils nicht eingehalten werden können. Die Verschuldung der Gemeinde steigt dadurch auf ein unerträgliches Mass an. Die beabsichtigte Vorwärtsstrategie erfordert in einer ersten Phase erhebliche Vorleistungen der Gemeinde. Der vom Gemeinderat selber vorgeschlagenen Verschiebung von Investitionen ist darum unter dem Grundsatz der Langfristigkeit durchzuführen. Auch wir sind der Meinung, dass in den nächsten Jahren eine moderate Anhebung der Fremdvverschuldung unausweichlich ist. Sie muss jedoch in möglichst engen Grenzen gehalten werden. Dringend erscheint uns eine ernsthafte Überprüfung der Leistungen der Gemeinde. Die bisherigen Vorschläge erachten wir als ungenügend. Das Ziel von uns allen muss sein, die bisherigen soliden Zustände der Finanzen aufrecht zu erhalten. Die Fraktion der SVP ist für Eintreten auf den Finanz- und Aufgabenplan 2011 - 2016.

Reto Eberhard (SVP)

3. Fragestunde

anschliessend Weiterbehandlung B+A Nr. 1429

Eintreten FDP

Der Finanzplan soll aufzeigen, wie sich die finanzielle Situation der Gemeinde Horw in den kommenden Jahren entwickeln soll oder kann. Solche Prognosen sind, wie wir alle wissen, immer mit Unsicherheiten verbunden. Es hat sich gezeigt, dass die letztjährige Planung zu pessimistisch ausgefallen ist. Gegenüber dem Vorjahr weist der Finanzplan deutlich bessere Zahlen bei den Steuererträgen auf. Die Auswirkung der Krise 2009 ist wesentlich geringer ausgefallen als die Wirtschaftsexperten prognostiziert haben. Durch das Wirtschaftswachstum und die ortsplanerischen Möglichkeiten können wir von einem zusätzlichen Wachstum in der Gemeinde Horw ausgehen. Das zusätzliche Wachstum kann aber nur eintreten, solange der Wirtschaftsmotor nicht stottert. Sollte die Totalrevision der Ortsplanung abgelehnt werden und das Projekt Südbahnhof nicht realisiert werden können, nützt uns die ganze Vermarktung des Standortes Horw wenig und wir würden künftig vor einem grossen Problem stehen.

Sehr kontrovers wurde bei uns über die geplanten Investitionen und über den Verschuldungsgrad diskutiert: Während für die einen die Investitionen nicht bezahlbar sind, die Finanzierung mit Fremdkapital zwar heute günstig zu haben ist, für die Zukunft aber ein grosses Risiko darstellt, sind die anderen der Meinung, dass Investitionen immer einen Gegenwert darstellen und man mit Investitionen eine Vorwärtsstrategie fährt. So oder so, jede Medaille hat zwei Seiten. Wir befinden uns auf einer Gratwanderung, solange negative Ergebnisse anstehen und wir auf der Ertragsseite nicht das generieren können, was wir erhoffen.

Unsere letztjährige Bitte, etwas Farbe in den Finanz- und Aufgabenplan zu bringen, ist erfüllt worden. So sind besonders die Massnahmen, welche die Motion 261 betreffen, deutlich besser sichtlich und lesbar.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Kenntnisnahme.

Eintreten L2O

Es freut uns, dass das Resultat gegenüber dem letzten Jahr deutlich besser ist, auch wenn das Ziel einer ausgeglichenen Rechnung noch leicht verfehlt ist. Das erwartete Steuerwachstum von 3-4 % scheint uns jedoch allzu sehr optimistisch.

Unser Gemeindefinanzhaushalt ist auch abhängig von übergeordneten Ursachen wie die nationale und kantonale Finanzlage, der Steuergesetzrevision und der neuen Pflegefinanzierung. Weiter stehen notwendige und wünschbare Infrastrukturinvestitionen an, welche jedoch auch zur Attraktivierung unserer Gemeinde beitragen werden. Wäre die Mehrwertabschöpfung vom Einwohnerrat nicht verhindert worden, könnte jedoch immerhin auf die Investition von 7.7 Mio. Franken für den Südbahnhof durch die Gemeinde verzichtet werden. Diese Kosten entsprechen dem Gemeindehausumbau.

Ein Horw, welches sich weiterentwickelt und zeitgemäss bleibt, wird auch zukünftig als Wohn- und Geschäftsstandort interessant bleiben. Hier ist es wichtig, auch die weichen Faktoren im Blick zu behalten, welche oft der ausschlaggebende Grund für die sog. Zuwanderung von neuem Steuersubstrat sind. Wir wünschen uns vom Gemeinderat keine einseitige Kundenbetreuung eines privilegierten Segmentes der Bevölkerung, sondern echte Bemühungen um der Vision einer familienfreundlichen Gemeinde gerecht zu werden.

Betreffend der Motion 261 erstaunt es uns, dass der Gemeinderat bereits umsetzt, was noch nicht im Einwohnerrat diskutiert wurde. Wir gehen davon aus, dass alles, was noch nicht umgesetzt wurde, noch diskutiert wird.

Die L2O nimmt den Finanz- und Aufgabenplan 2011-2016 zur Kenntnis und ist für Eintreten.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Miriam Scammacca
Albisser (L2O)

Es ist tatsächlich so, dass seit dem Pessimismus, den wir letztes Jahr, bei der Planung des derzeit gültigen Finanz- und Aufgabenplanes hatten, sich das mindestens für Horw sehr positiv entwickelt hat. Wir sind in einer Talsohle, die Steuererträge vom laufenden Jahr sind im Budget und von daher dürfen wir optimistisch in die Zukunft schauen. Mit einer gewissen Reservation, weil wir viele natürliche Personen haben, die mit ihren grossen Vermögen auch nachschüssig ihre Erträge korrigieren müssen, das kann manchmal um mehrere Millionen differieren.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Es wurden zwei drei Punkte erwähnt, die ich unterstreichen möchte: Die verbesserte Situation hat mich persönlich und den Gemeinderat erfreut, insofern der Leitsatz 1, eine ausgewiesene Rechnung innerhalb von 5 Jahren, erreicht wurde. Es ist klar, das ist jetzt ein Voranschlag, aber wenn es eintrifft, ist die Rechnung tatsächlich nach 5 Jahren ausgeglichen, so dass wir aus der Talsohle herauskommen. Wenn man Bedenken wegen dem ESP oder der wirtschaftlichen Entwicklung hat, beim ESP haben wir nicht angenommen, dass wir innerhalb von zwei Jahren die 1'700 oder 2'000 Einwohner/-innen mehr haben, sondern Sie haben gesehen, dass wir von 1 % ausgegangen sind, was schlussendlich ca. 130 Personen ausmacht, die es jährlich in Horw mehr geben sollte. Aber tatsächlich, der Optimismus, den wir mit dem ESP Bahnhof haben, muss ausgestrahlt und marketingmässig weiter hinausgetragen werden.

Erwähnt wurde auch die Steuerentwicklung. Diese haben wir ein wenig mit anderen Gemeinden der Agglomeration abgeglichen, die in ähnlicher Lage sind wie wir. Wir haben auch Vorgaben vom Kanton, der eine Entwicklung zwischen 3.5 und 4.6 % bei natürlichen Personen sieht. Auch in Kriens sind die Zahlen ziemlich deckungsgleich mit unseren. Aufgrund der Steuerzahler, die Kriens und wir haben, könnte man fast sagen, dass man vielleicht noch ein wenig optimistischer sein dürfte. Aber schauen wir, wie sich das entwickelt und wenn die Signale auf Grün gestellt sind, können wir auch entsprechend reagieren.

Was ich auch noch unterstreichen muss, wir haben im Finanz- und Aufgabenplan die Entwicklung der Pflegefinanzierung und der Steuergesetzrevision aufgezeigt, das sind fast 4 Mio. Franken und die werden sich auch im Budget 2011 bemerkbar machen.

Ein Hauptdiskussionspunkt ist die Verschuldung, die kann man nicht wegdiskutieren. Es ist nicht so, dass wir unsere Liegenschaften vernachlässigen, wir machen unsere ordentlichen Unterhaltsarbeiten, aber bei fast 40-jährigen Gebäude wie z.B. das Oberstufenschulhaus oder das Gemeindehaus, kommt irgendwann eine grössere Tranche. Diese ist wahrscheinlich heute recht hoch, aber auch in der Vergangenheit hatten wir, wenn man zwei drei Jahre zusammenzählt, Peaks mit 40 bis 50 Mio. Franken Investitionen. Handkehrum, und das dürften wir uns wieder einmal zu Gemüte führen, in den 90er-Jahren bzw. Anfang 2000 hatten wir sehr schöne Resultate. Dazumal konnten wir bei einem Steuerfuss von 1.77, später 1.70 Einheiten, Vorfinanzierungen machen, man konnte für die Investitionen etwas auf die Seite legen. Ab 2001 hatten wir Steuerfuss-senkungen, im 2001 eine kleine Reduktion, im 2006 sind wir auf 1.60 Einheiten. Was möchte ich damit zeigen? Einerseits, dass wir Rückstellungen für die Investitionen machen konnten und andererseits konnten wir das nur mit einem guten, einige sagen zu hohen Steuersatz, realisieren.

Der Finanzvorstand hat uns die bilanzmässige Entwicklung gezeigt. Es ist klar, wenn wir zweistellige Millionenzahlen ins Verwaltungsvermögen investieren, können wir das kapitalisieren, d.h. fast mit dem vollen Wert in der Bilanz einsetzen. Wir haben dann einfach in den Folgejahren erhebliche gesetzliche Abschreibungen zu leisten. Was uns aber interessieren würde Herr Helfenstein, wäre die Liquidität. Wir schulden jetzt an Dritte 40 Mio. Franken und wie sich die Aussenverschuldung, die wir verzinsen müssen entwickelt, ist auch noch von einiger Bedeutung. Denn was wir in der Bilanz haben, ist alles

Alwin Larcher (SVP)

illiquid. Was wir aber schulden, ist Liquidität. Im Moment rechnen wir mit einem Zins von 2 % auf unseren Schulden, das ist recht kurzfristig. Aber wehe, wenn die Zinsen wieder einmal auf 4, 5 oder 7 % steigen, dann ist unsere Schuld unterdessen an die 100 Mio. Franken angewachsen und dann müssen wir die hohe Schuld mit den hohen Zinsen verzinsen und haben finanziell überhaupt keinen Spielraum mehr. Also ist viel mehr Gewicht zu legen auf die Entwicklung der Liquiditätslage als auf die Entwicklung der Bilanzsituation.

Man kann auch sagen, dass sich das anders entwickeln kann und man muss schon auch sehen, dass wir auch für den ordentlichen Unterhalt ordentliche Investitionen tätigen müssen. In fast 30 Jahren haben wir im Durchschnitt über 5 Mio. Franken Investitionen im Jahr. Ergo würde das ja bedeuten, dass wir jährlich einen Reingewinn erwirtschaften müssten, um die Investitionen überhaupt realisieren zu können und ergo muss ich an die guten Zeiten denken, in denen wir so schöne Überschüsse gemacht haben. Ich bin optimistisch, dass der Blick in die richtige Richtung geht und ich glaube, dass wir die Situation im Moment ausnützen müssen. Mit den tiefen Zinssätzen haben Sie Recht, wir können keine Hypothek auf 40 Jahre aufnehmen, aber wir können sie vielleicht auf 17 Jahre aufnehmen und können so schlussendlich den Durchschnitt entsprechend reduzieren. Wenn ich mich nicht täusche, sind die kalkulatorischen Zinsen sogar mit 4 %, in der Anfangsphase mit 2 % budgetiert.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Detailberatung

1.1 Leitsätze

Ich staune immer über die schönen Leitsätze, aber sie werden einfach nicht eingehalten. Wir haben eine schöne Folie über die Verschuldung gesehen, die aber einen gravierenden Fehler hat. Es ist nicht im Durchschnitt von 5 Jahren, wo man eine ausgeglichene Rechnung präsentiert, sondern über 6 Jahre. Da erwarte ich nicht nur schöne Leitsätze in dem Dokument, sondern auch Massnahmen, was man dagegen machen kann.

Urs Röllli (FDP)

1.4 Massnahmen

Die Leistungen der Gemeinde Horw sollen überprüft und wo erforderlich angepasst werden. (S. 7)

Es heisst, dass man diverse Massnahmen in Zusammenhang mit dem Planungsbericht zur Motion 261 im Finanzplan berücksichtigt hat. Im Namen der GPK stelle ich einen Antrag auf folgende Bemerkung: "Sämtliche Leistungsausbauten sind infrage gestellt. Entscheide erfolgen im Rahmen der Budgetierung."

Thomas Zemp (CVP)

Wir machen die Bemerkung, weil man auf der einen Seite Massnahmen im Sinn von Sparvorschlägen ergreift und auf der anderen Seite haben wir den Eindruck, dass der Finanz- und Aufgabenplan Leistungsausbauten enthält, über die wir nie diskutiert haben.

Abstimmung:

Antrag der GPK auf folgende Bemerkung: "Sämtliche Leistungsausbauten sind infrage gestellt. Entscheide erfolgen im Rahmen der Budgetierung."

Robert Odermatt
(SVP)

Dem Antrag wird mit 21:6 Stimmen zugestimmt.

2.2 Personal

Es ist ein Skandal, dass die Luzerner Pensionskasse, im Gegensatz zu vielen anderen Pensionskassen, derart schwach auf der Lunge ist. Die öffentliche Hand, d.h. vom Arbeitgeber müssen 100'000 Franken eingeschossen werden und wie wir sehen, kumuliert sich das noch und noch. Da ist gewaltig gefuscht worden, ohne dass wir eine Möglichkeit zum Eingreifen hatten und die Pfuscheri zahlen wir jetzt. Da ist die Frage an den Gemeindepräsidenten, was das Personal an die Sanierung der LUPK bezahlt.

Alwin Larcher (SVP)

Ich kann Ihnen im Moment die genaue Zahl nicht sagen, aber wir werden Ihnen das noch beantworten.

Markus Hool (FDP)

2.3 Liegenschaften

Im Namen der Lehrerschaft des Schulhauses Spitz möchte ich dem Gemeinderat und dem Einwohnerrat Dank aussprechen. Der Umbau des Schulhauses ist super gelungen und ich lade Sie gerne ein, einmal einen Augenschein zu nehmen.

Franz Leipold (L20)

2.7 Öffentliche Sicherheit

Amtsvormundschaft

Im Namen der GPK stelle ich einen Antrag auf folgende Bemerkung: "Die Kostenexplosion im Bereich Amtsvormundschaft ist nicht mehr tragbar. Der Gemeinderat wird beauftragt, kostengünstigere Lösungen zu suchen."

Thomas Zemp (CVP)

Wir stellen seit längerem fest, dass die Kosten dauernd zunehmen. Wahrscheinlich sind wir heute beim 4-fachen Betrag als noch vor 3 oder 4 Jahren und im Moment zeichnet sich kein Stopp der Kostenexplosion ab. Im Finanz- und Aufgabenplan sind für die nächsten Jahre 450'000 Franken vorgesehen, ich bin aber überzeugt, dass das noch weiter zunehmen wird, wenn wir nicht irgendetwas unternehmen.

Abstimmung:

Antrag der GPK auf folgende Bemerkung: "Die Kostenexplosion im Bereich Amtsvormundschaft ist nicht mehr tragbar. Der Gemeinderat wird beauftragt, kostengünstigere Lösungen zu suchen."

Robert Odermatt
(SVP)

Dem Antrag wird mit 26:0 Stimmen zugestimmt.

2.13 Soziale Wohlfahrt

Sozialräumliche Jugendarbeit

In der Jahresrechnung 2009 steht unter dem Titel "Jugendbetreuung", dass für das befristete Projekt "Sozialräumliche Jugendarbeit" ein Gemeinderatskredit in der Höhe von 23'000 Franken gewährt wurde. Im ersten Budget 2010 wurde festgehalten, dass der Gemeinderat beim Büro für Jugendfragen für das Projekt "Sozialräumliche Jugendarbeit" ein Pensum vom 50 %, befristet für drei Jahre, bewilligt hat. In der zweiten Auflage des Budgets heisst es, dass das vom Gemeinderat im Jahre 2009 bewilligte Projekt aus dem Budget 2010 gestrichen wurde. Als Betrag wurden 35'000 Franken angegeben. Und jetzt liegt der Finanz- und Aufgabenplan für die Jahre 2011 bis 2016 vor. Darin ist diese Projektstelle immer noch enthalten. Ich muss jetzt annehmen, dass obwohl diese Position aus Spargründen vom Gemeinderat aus dem Budget 2010 gestrichen wurde, wieder ein Gemeinderatskredit für das Jahr 2010 gesprochen wurde. Es ist natürlich simpel etwas durchzusetzen, in dem man einfach einen Gemeinderatskredit spricht und so fast schleichend etwas einführt. Ich stelle fest, dass diese Projektstelle von den ursprünglich vorgesehenen 3 auf neu 6 Jahre verlängert wird. Ebenfalls stelle ich fest, dass der Betrag von ursprünglich 23'000 Franken auf jetzt 40'000 Franken angehoben wird. Ich stelle einen Antrag auf Bemerkung, diese Projektstelle aus Spargründen zu streichen.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Die Stelle wurde vom Einwohnerrat gestrichen und wir haben diese mit einem Gemeinderatskredit noch einmal gesichert. Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass das gut investiertes Geld ist, weil die aufsuchende Jugendarbeit, zusammen mit bestehenden Arbeitsgruppen, viel in die Jugendarbeit investiert. Sie macht auf freiem Feld auf aktuelle Probleme aufmerksam, wie Sucht-, Alkoholprobleme usw. Es ist besser, als nur Repression oder allenfalls Videoüberwachung. Mit dem Budget werden wir Ihnen beantragen, die 50 %-Stelle weiterzuführen.

Susanne Heer (FDP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung von Rita Sommerhalder, die Projektstelle "Sozialräumliche Jugendarbeit" aus Spargründen zu streichen.

Robert Odermatt (SVP)

Dem Antrag wird mit 12:11 Stimmen zugestimmt.

2.14 Verkehr

Kastanienbaumstrasse

Der Finanzbedarf für die Sanierung ist mit 2.95 Mio. Franken ausgewiesen, im B+A sind aber 2.6. Mio. Franken angegeben.

Roland Bühlmann (SVP)

Als wir vor Monaten den Finanz- und Aufgabenplan erarbeitet haben, hatten wir noch nicht die Projekttiefe wie heute, wo die Sanierung mit 2.6 Mio. Franken veranschlagt wird.

Manuela Bernasconi (CVP)

Das ist eine plausible Erklärung, die aber noch heikel ist, denn im B+A heisst es 2.6 Mio. Franken mit einer Kostengenauigkeit von +/- 20 %.

Roger Jenni (FDP)

2.18 Gewässerschutz, Naturschutz und übriger Umweltschutz

Dorfbach

Im Vorjahr hatten wir dort einen Finanzbedarf von 1.78 Mio. Franken und jetzt plötzlich auf wundersame Weise von 4.2 Mio. Franken. Ich frage mich, wie das kommt und ich frage mich auch, ob das überhaupt einen Zusammenhang mit dem Rückhaltebecken auf der Allmend und dem Entlastungskanal, der unseren Dorfbach entlasten sollte, hat. Wieso buttert man da soviel Geld rein?

Urs Röllli (FDP)

Das ist nicht das Gleiche. Das Rückhaltebecken dient dem Hochwasserschutz und stellen Sie sich die Misere vor, wenn wir dieses nicht hätten. Auch der Entlastungskanal hat uns in diesem Jahr schon ein paar Mal vor grösseren Katastrophen bewahrt. Wir haben einfach einen grösseren Wasseranfall und wenn wir in den letzten Jahren nicht all die Massnahmen für den Hochwasserschutz gemacht hätten, dann wären wir im Dorf sehr arm dran. Das im B+A aufgeführte Dorfbachkonzept betrifft die Freiraumgestaltung Promenadenweg. Dieser hat ein gewisses Alter und wurde bisher, mit Ausnahme von Flickarbeiten, nie saniert. Vor allem die Bäume heben den Asphalt und man muss dort irgendwann etwas machen. Mit dem Finanz- und Aufgabenplan zeigen wir Ihnen das anstehende Projekt an und was es in etwa kosten könnte. Am Anfang ist es eine Schätzung, dann wird es vertieft, bis es schlussendlich zu einem Projekt bzw. Teilprojekten kommt, zu denen Sie Ja oder Nein sagen können. Darum verändert sich die Zahl auch immer wieder und der Finanz- und Aufgabenplan ist unser Instrument, Ihnen das anzuzeigen. Beim Dorfbach ist man in dem Sinn einen Schritt weiter, indem man zusammen mit dem Kanton ein Pflichtenheft für die Freiraumgestaltung über den ganzen Promenadenweg erarbeitet hat.

Manuela Bernasconi (CVP)

3.2.4 Wachstum Steuerkraft

In der Statistik auf S. 31 kann man lesen, dass sich der Ertrag pro Steuereinheit von 2001 bis 2009 um 10.72 % erhöht hat. Heisst das, dass in der Vergangenheit, wenn man das Bevölkerungswachstum vernachlässigt, das Steuersubstrat im Schnitt nur um 1.3 % gewachsen ist und nicht um 4 %? Wenn man die Vergangenheit von 10 Jahren anschaut sieht man, dass es auf und ab geht. Da frage ich mich, wie man Zukunft annehmen kann, es seien plötzlich 4 %.

In der Grafik ist meines Wissens nach die Steuergesetzrevision nicht berücksichtigt, aber ich werde das gerne noch einmal anschauen. Ihre Aussage würde ich nur bestätigen, wenn die Steuergesetzgebung immer gleich gewesen wäre.

Abstimmung:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2011 - 2016 wird mit 27:0 Stimmen zur Kenntnis genommen.

Markus Bider (CVP)

Gianmarco Helfenstein (CVP)

Robert Odermatt (SVP)

4. Bericht und Antrag Nr. 1420 Sanierung Gemeindehaus

Eintreten GPK

Der erste B+A zur Sanierung des Gemeindehauses wurde vom Einwohnerrat am 20. September 2007 zurückgewiesen mit dem Auftrag, dem Rat unter anderem

- die Kosten einer minimalen Sanierungslösung zu präsentieren
- das Bauamt wieder in das Gemeindehaus zu integrieren.

Am 13. September 2010 wurden der GPK und der BVK anlässlich einer Info-Veranstaltung von den zuständigen Verantwortlichen der neue B+A Nr. 1420 vorgestellt. Der Gemeinderat präsentierte uns eine grundlegend neue Sanierungsidee. Das Gebäude soll von innen gedämmt und die Fenster sollen ersetzt werden. Das Bauamt würde wieder ins Gemeindehaus integriert.

Natürlich weist das Gemeindehaus, dem Alter entsprechend, diverse kleine Mängel auf. Aber auf den ersten Blick ist es doch noch immer ein ansprechendes, charakteristisches und repräsentatives Gebäude. Der Gemeinderat schlägt uns ein kundenfreundlicheres und mitarbeiterfreundlicheres Gemeindehaus vor, obwohl gerade diese beiden Faktoren bei einer Umfrage auf einem hohen Niveau bewertet worden sind. Viel Gewicht wird auf das Thema Sicherheit und Diskretion gelegt. Für Kundengespräche sollen, wenn immer möglich, Diskretkabinen mit direktem Zugang für Kunden und Personal gebaut werden. Neue Vorschriften und Anforderungen, wie z.B. die Erdbebenertüchtigung, die doch 360'000 Franken mehr kostet, verbesserter Brandschutz durch Auflagen der Gebäudeversicherung (Verglasung Galerien und Treppenhaus), mechanische Lüftung sowie zusätzliche Umbaukosten bei den heutigen Räumen der Polizei und beim Ausbau der Dachterrasse haben zu beträchtlichen Mehrkosten gegenüber dem Projekt von 2007 geführt. Wurde die Innensanierung im Jahr 2007 noch mit 2.6 Mio. Franken und eine Gesamtsanierung mit 5.1 Mio. Franken beantragt, kostet die Sanierung im heutigen Falle stolze 7.3 Mio. Franken.

Die GPK stellt eine Sanierung des Gemeindehauses nicht infrage und auch das vorliegende Projekt wird im Grundsatz begrüsst. Zum heutigen Zeitpunkt aber erachten wir eine Investition für eine Innensanierung als nicht vertretbar, zumal gemäss Finanzplan in der Planperiode Investitionen von gegen 80 Mio. Franken anstehen. Wir gehen heute davon aus, dass die geplanten Investitionen priorisiert werden müssen. Für uns hat die

Irène Zingg-Vetter (FDP)

Sanierung des Oberstufenschulhauses klar die grössere Priorität als die Sanierung des Gemeindehauses. Zudem müssen wir uns auch fragen, wie ein solches Anliegen vor dem Volk ankommt! Auf der einen Seite soll das Geld für die 1. Augustfeier zumindest zur Diskussion gestellt und evtl. gespart werden, und an der gleichen Sitzung sollen 7.3 Mio. Franken für eine Innensanierung des Gemeindehauses gesprochen werden. Sollte sich die Ausgangslage ändern, z.B. signifikant tiefere Kosten beim Gemeindehaus oder beim Schulhaus, Verschiebung auf der Zeitachse oder ein Ertragsüberschuss, kann die Vorlage wieder diskutiert werden. Die GPK ist einstimmig für Rückweisung des B+A.

Eintreten BVK

Die BVK möchte bemerken, dass man den früheren Architekten Herrn Simmen, über den Umbau informieren muss und das vorliegende Projekt vorstellen sollte, um allfällige Urheberrechtsstreite zu beseitigen. Allgemein ist der B+A sehr technisch gehalten, besonders der Abschnitt mit der energetischen Beurteilung. Die BVK hält die Sanierung des Gemeindehauses für notwendig. Die Kosten findet die Kommission an der obersten Grenze. Der Antrag, die Kosten um 0.5 Mio. Franken zu senken, wurde knapp abgelehnt. Die 7.3 Mio. Franken liegen sehr nah am obligatorischen Referendum, da aber der Schwellenwert nicht erreicht wird, unterliegt der B+A nur dem fakultativen Referendum. Auch da ist ein Antrag in der BVK, den B+A dem obligatorischen Referendum zu unterstellen, knapp nicht durchgekommen. Das Gemeindehaus hat heute Schwachpunkte, wie die Sicherheit, wärmetechnische Schwachpunkte oder den Raumbedarf. Die Punkte müssen in Zukunft gelöst werden. Man muss auch beachten, dass die Umsetzung der Optimierung des Finanzhaushaltes nur mit einem renovierten Gemeindehaus umgesetzt werden kann. Bei einem Umbau kommt auch das Baudepartement zurück in das Gemeindehaus und die Verwaltung wird dadurch wieder zentral geführt. Die Bau- und Verkehrskommission ist mehrheitlich für Eintreten auf den B+A Nr. 1420.

Reto Deschwanden
(CVP)

Eintreten CVP

Die CVP-Fraktion kann die Ideen, die Gedanken und die Motivation hinter dem Sanierungsprojekt gut verstehen und anerkennt den Sanierungsbedarf. Es sind jedoch zwei Punkte, die bei uns zu Diskussionen führten:

- Grundriss des 1. Obergeschosses, d.h. des Sozialdepartements: Hier kann uns Oskar Mathis sicher kurz erklären, warum in seinem Departement mehrheitlich Einzelbüros eingeplant sind und ein Raumkonzept ähnlich den anderen Geschossen nicht sinnvoll ist.
- Eine Konzeptänderung im 1. Obergeschoss wird aber keinen grossen Einfluss auf unseren zweiten Punkt haben, und zwar auf den Investitionsbetrag. Als ich diesen Betrag zum ersten Mal las, war ich erstaunt über die Höhe und es ging nicht nur mir so! Auch in der Fraktion konnte sich das ungute Gefühl, dass man das Gemeindehaus "vergolden" könnte, nicht ganz legen. Aus dem B+A und dem Kostenvorschlag können wir als Laien die wirklichen Kostentreiber für die 7.3 Mio. Franken nicht eruieren. Ist es der Minergie-Standard, sind es die gesetzlichen Vorschriften oder sind es die baulichen Veränderungen? Uns fehlen die Vergleiche mit anderen Bauvorhaben, wo etwas Ähnliches gemacht wurde, damit wir abschätzen können, ob die 7.3 Mio. Franken Sinn machen oder ob das mehr ist als notwendig. Das Projekt als Ganzes macht Sinn, die Kosten haben wir hinterfragt und haben auch dem Gemeinderat in unserer Fraktionssitzung vorgeschlagen, das Geschäft abzutraktandieren. Wir hatten das Gefühl, der Gemeinderat hat genügend Informationen aus der Kommission und aus den Fraktionen um zu wissen, um was es geht und neu zu überlegen, vor allem auch in der ganzen Kalkulation. Wir sind jetzt halt für Eintreten und werden dann sehen.

Jürg Luthiger (CVP)

Eintreten SVP

Mit der Sanierung des Gemeindehauses kommt man nicht um das Gefühl herum, dass sich der Gemeinderat ein Denkmal setzen will. Mehr als 7 Mio. Franken sind relativ viel, wenn man den Zustand des Gebäudes anschaut, der eigentlich nicht schlecht ist. Nach den Diskussionen in der GPK, der BVK sowie in der Fraktion sind wir zum Schluss gekommen, dass die Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt nicht priorisiert werden sollte. Mitarbeiterfreundlichkeit, Kundenfreundlichkeit, Flexibilität, das Modewort "nachhaltig", zeitgemäss, Teambüros, sind für uns nicht die richtigen Argumente. Ich will kurz auf einige Punkte im B+A eingehen:

- Die Fassade ist grundsätzlich in einem guten Zustand. Die Fenster müssen ersetzt werden und auch ein besserer Sonnenschutz ist absolut wünschenswert. Dadurch können die Temperaturen im Sommer sowie auch im Winter positiv beeinflusst werden.
- Diverses in Sachen Sicherheit, wie z.B. Türknaufe, können wir im Rahmen des Budgets genehmigen.
- Auch einen neuen kundenfreundlichen Empfang begrüssen wir, dieser kann aber auch ohne grosse Investitionen realisiert werden.
- Teambüros: Wie weit die Effizienz dadurch gesteigert werden kann, ist fraglich. Ob die Qualität gesteigert werden kann, ist noch fraglicher.
- Diskretkabinen für das Personal: Das sehe ich gar nicht ein, wozu es die braucht, schliesslich hat ja die Leiterin der Personalstelle ein eigenes Büro.

Wir sind der Meinung, dass die Mietkosten für das Bauamt vertretbar sind. Es ist in jedem Fall wesentlich günstiger, als die Sanierung. Auch die Jugendarbeit ist am heutigen Standort gut gelegen. Mehr als 7 Mio. Franken sind für Horw nur schwer zu verkraften. Zudem werden wir auch mit dem Oberstufenschulhaus bald wieder über einen grossen finanziellen Brocken debattieren. Die Verschuldung wird dadurch zusätzlich in die Höhe getrieben. Deshalb beantragen wir Ihnen, nicht auf das Geschäft einzutreten. Sollte der Rat den Bericht und Antrag in der vorliegenden Form gutheissen, wird die SVP vermutlich das Referendum ergreifen.

Eintreten FDP

Auch die FDP beklagt die Sensibilität des Gemeinderates. Wir haben ein Geschäft mit 2.6 Mio. Franken für eine Innensanierung zurückgewiesen und bekommen ein Projekt über 7.3 Mio. Franken vorgelegt. Da ist die Verwunderung gross. Umso grösser wird die Verwunderung wenn man schaut, dass der beantragte Kredit eine Kostengenauigkeit von +/- 20 % hat. Ein Minus würde niemanden stören, aber bei plus 10 % würden wir als Rat unsere Kompetenz bereits überschreiten, weil es dann dem obligatorischen Referendum untersteht. Bei der Diskussion in den vorberatenden Kommissionen haben wir verwunderlicherweise vom Gemeindeammann Helfenstein entgegennehmen müssen, dass kein Einsparungspotenzial vorhanden sei. Der zuständige Architekt war in dem Moment mundtot. Wir können vieles nicht im Detail analysieren, aber wir konnten ein Architektenhonorar in der Höhe von 1.3 Mio. Franken, bei einer Bausumme von 6 Mio. Franken feststellen, das sind etwa 25 %. Das mögen Brutto-SIA-Normen sein, die Realität ist aber so, dass es bei einem Projekt wie diesem, im allerhöchsten Fall 10 bis 12 % sein können und das entspräche einer Kostenersparnis von rund 700'000 Franken. Wir können, und das garantiere ich, 700'000 Franken einfach einmal vom uns Vorgelegten einsparen, wenn wir bei einem maximalen Kostendach von 6.5 Mio. Franken sind. 6.5 Mio. Franken ist immer noch eine grosse Zahl, aber es spielen auch noch andere Aspekte eine Rolle und darum sind wir für Eintreten auf den B+A.

Uns wurde ein B+A inkl. Erdbebenertüchtigung vorgelegt und Erdbebenertüchtigung ist eine Teilmassnahme von Erdbebensicherheit. Was heisst das? Die Massnahmen jetzt realisieren, das ist eine Auflage, die zu berücksichtigen ist, kostet 400'000 Franken. Und

Marcel Zimmermann
(SVP)

Roger Jenni (FDP)

eines kann ich Ihnen mit Sicherheit sagen: Wenn die Auflagen ändern, und davor habe ich persönlich den grössten Respekt, können wir das Gemeindehaus nie mehr lediglich mit Erdbebenerüchtigung umbauen, sondern sind gezwungen, die Erdbebensicherheit einzuhalten. Wenn man von Erdbebensicherheit spricht, bedeutet das zusätzliche Aussteifungen mit Betonscheiben usw. und es hat auch beim Innenausbau noch weitere Folgen und ich behaupte, dass wir dann von Mehrkosten in der Höhe von 2 Mio. Franken sprechen. Es wurde angesprochen, man könne einen Teilausbau machen mit Fenstern, Sonnenschutz, Empfangsdesk. Dazu müssen Sie wissen, wenn man nur das umbauen möchte, dass das gar nicht geht. Die Gebäudeversicherung wird Auflagen machen, dass wenn man anfängt umzubauen, und wenn auch nur in kleinem Masse, zuerst die Auflagen der GVL umgesetzt werden müssen, und das sind die Brandabschnitte der verschiedenen Geschosse.

Finanziell würde die Miete für das Baudepartement irgendwann entfallen. Dass die Verschuldung der Gemeinde selber zunehmen wird, ist unattraktiv und birgt ein gewisses Risiko. Aber wenn Sie die Rechnung rein von der Finanzierung her machen muss man sehen, dass wir das Oberstufenschulhaus zur Überarbeitung zurückgewiesen haben. Jetzt wird es überarbeitet, kommt noch einmal in den Rat, wird irgendwann vor das Volk kommen und muss im Detail noch geplant werden. Meine Prognose ist, dass wir mit dem Oberstufenschulhaus frühestens in drei oder vier Jahren anfangen können zu bauen. Eine Mehrheit unserer Fraktion sieht das wiederum als Chance, das Gemeindehaus mit den jetzigen Zinssätzen umzubauen, um bis zum Bau des Oberstufenschulhauses möglichst noch amortisieren zu können, damit man das meiste Geld mit einem günstigen Zinssatz geliehen hat. Wenn irgendwann eine Zinssatzveränderung die Folge wäre, amortisieren Sie weniger, weil Sie nämlich mehr für die Zinsen zahlen. Das Gemeindehaus jetzt umzubauen ist ein Übel, den Umbau aber noch länger zu verschieben, das noch grössere. Um das Beispiel Rothenburg, Littau vielleicht noch zu erwähnen, die haben das ewig auf die lange Bank geschoben und waren dann irgendwann soweit, dass eine Sanierung nicht mehr möglich war und man einen Neubau erstellt hat und das würde ich auch nicht unbedingt begrüssen.

Zusammenhängend mit allen grossen Ausgaben, es wurde der Dorfbach mit 4.2 Mio. Franken angesprochen und wir haben nachfolgend das Traktandum der Kastanienbaumstrasse mit 3 Mio. Franken, das gibt zusammengezählt auch wieder 7 Mio. Franken und da frage ich auch nach der Notwendigkeit, das dort auszugeben, wenn wir inskünftig 60 oder 70 Mio. Franken ausgeben. Darum stimmt die FDP-Fraktion grossmehrheitlich für Eintreten auf den vorliegenden B+A, sagt aber ganz klar, und der Antrag wird noch kommen, dass das Kostendach 6.5 Mio. Franken betragen soll. Man erhofft sich mit den Massnahmen der vorgeschlagenen Reduktion, dass a) der Rat Sparwillen zeigt und b) um dem fakultativen Referendum, vielleicht noch von der SVP, zu entkommen.

Eintreten L20

Im Gegensatz zur Version "light", die wir 2007 behandelt haben, liegt jetzt eine Vollversion für die Sanierung des Gemeindehauses vor. Die Hüllensanierung, die man gefordert hat, ist nach Minergiestandard vorgesehen und auch die Rückführung des Baudepartementes ist dabei. Die Kosten betragen 7.3 Mio. Franken und jetzt, obwohl es im Finanzplan ist, hören wir von verschiedenen Seiten, dass wir das Geld gar nicht hätten. Wieso haben wir das finanziell schlechte Ergebnis? Der Gemeindeammann hat es angesprochen, es hat mit der Veränderung des Steuerfusses zu tun, die man vorgenommen hat, vielleicht ist man da von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Auf alle Fälle haben wir jetzt die Zahl auf dem Tisch. Wenn wir es hinausschieben, wird es nicht günstiger und irgendwann wird sich die Variante Totalsanierung aufdrängen. Im Lebenszyklus eines Gebäudes ist es so, dass wenn man einen gewissen Punkt überschritten hat, es schnell einmal ans Eingemachte geht. Aber auch allein schon zur Schaffung der Einsparungsmöglichkeiten, wie sie in der Motion 261 aufgezeigt wurden, ist es not-

Jörg Stalder (L20)

wendig, dass man das Gemeindehaus umbaut und die Teambüros einrichtet, damit man dort die ausgewiesenen Synergien überhaupt erreichen kann. Das sind einerseits die internen Umbauten, die Erdbebensicherheit, Energiestandard und all die anderen sicherheitstechnischen Auflagen, die gefordert sind. Die Geldmarktsituation erlaubt heute, dass man das Fremdkapital zu historisch tiefen Zinssätzen aufnehmen kann. Sie können sich in vielen Jahren vielleicht rühmen, auch der Gemeinde die Partizipation an der aktuellen Tiefzinssituation ermöglicht zu haben. Die Sanierung macht das Gemeindehaus für die nächsten 30 Jahre fit. Die Massnahmen sind notwendig, damit die Verwaltung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann. Der Minergiestandard ist für uns ein sehr wichtiges Anliegen. Eine schnelle Realisierung bringt auch Aufträge für das lokale Gewerbe, weil wir ja jetzt mit dem Oberstufenschulhaus sicher in Verzögerung kommen. Aus all den Gründen empfiehlt Ihnen die L2O die Annahme der Vorlage, wir stehen grossmehrheitlich hinter dem Projekt.

Der B+A Gemeindehaus hat eine Lebensdauer von zwei und mehr Jahren und inzwischen ist das Vorhaben auch teurer geworden. Wir haben gehört, was die Gründe sind, ob Erdbebenertüchtigung oder zukünftige Erdbebensicherheit, die Auflagen der Gebäudeversicherung sind tendenziell steigend.

Erfreulich ist, dass das Sanierungsprojekt im Grundsatz eine positive Aufnahme findet. Es wird gesehen, dass etwas gemacht werden muss, das Haus ist 38-jährig und es arbeiten fast doppelt so viele Leute darin wie damals. Es gibt auch einen grösseren Kundenstrom, man erwartet mehr Sicherheit und mehr Kundenfreundlichkeit. Wenn man die Kosten der Sanierung des Gemeindehauses ins Verhältnis zum Gesamtpaket der Investitionen von 80 Mio. Franken setzt, sind das keine 10 %. Das Gebäude ist ins Alter gekommen und hat kleine Schäden. Es werden aber keine goldenen Türknaufe benötigt und es ist auch kein Denkmal für irgendwelche Personen, sondern es muss wieder funktionieren und ein konzentriertes Angebot für unsere Bürgerinnen und Bürger an einem Ort bieten. Zwei Punkte, die vergessen wurden, möchte ich erwähnen. Der eine betrifft das Klima, unser Gemeindehaus ist schlichtweg eine Klimaschleuder. Energie Schweiz hat eine Statistik erstellt, gemäss der das Schulhaus Spitz den grössten Energieverbrauch hat, was begründbar ist durch das Hallenbad. Dann kommen die Sportanlagen Seefeld, dann das Oberstufenschulhaus und dann kommt schon das Gemeindehaus. Am wenigsten Energie benötigt das Feuerwehrgebäude, was auch verständlich ist. Der zweite Punkt betrifft die Auswertung, was die Elektrizität anbelangt, bei der wir auch ziemlich weit oben liegen. Für mich zwei Positionen, die schlussendlich einen Spareffekt auslösen.

Ich habe Ihnen die Belastung der Verschuldung aufgezeigt und es zeigt sich noch einmal die Tendenz, nicht mehr die hohen Überschüsse zu haben, sondern das Geld eher beim Bürger zu lassen bzw. den Steuerfuss zu senken und als Gemeinde attraktiv werden. Aber dann fehlen uns nachher die Eigenmittel für die Realisierungen von Projekten mit so hohen Ausgaben. Nutzen wir doch mit dem Projekt die tiefen Zinsen. Auch wenn sich diese wieder verändern können, wir steigen doch auf einem tiefen Niveau ein und haben mindestens am Anfang eine tiefere Belastung. Die Bauteuerung ist erwähnt worden, die Gebäudeversicherung wird auch nicht schlafen und mit Auflagen kommen, die Erdbebenertüchtigung wurde ebenfalls erwähnt. Was auch nicht unbedeutend ist, wir schaffen ein zentralisiertes Angebot, denn das Baudepartement können wir wieder zurückholen, was einer Kostenersparnis von rund 140'000 Franken im Jahr entspricht, die Sie sonst mit einem separaten B+A sprechen müssten. Wir können auch endlich die optimierten Abläufe realisieren, die heute schon im Zusammenhang mit der Motion und im Zusammenhang mit dem Finanz- und Aufgabenplan erwähnt wurden. Ein zukünftiges Projekt für das Gemeindehaus, ob es jetzt oder in 2, 3 oder 5 Jahren kommt, wird nicht günstiger sein. In der Zwischenzeit werden wir mehr Schäden haben oder es werden so hohe Unterhaltskosten nötig, dass wir auch nicht besser wegkommen. Zusam-

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

mengefasst kann man sagen, dass ein verändertes Zinsniveau, wie auch Herr Larcher aufgezeigt hat, auf eine Laufzeit von 30 oder 40 Jahren 1 Mio. Franken ausmachen kann. Auch die Bauteuerung kann gut 1 Mio. Franken betragen; das externe Baudepartement, da beträgt der Einsparungseffekt über die Jahre ebenfalls über 1 Mio. Franken und mit Optimierungen, wie Sie aus der Motion gesehen haben, rechnen wir auch mit rund 0.5 bis 1 Mio. Franken. Insgesamt also über 4 Mio. Franken Sparpotenzial, wenn wir es jetzt realisieren. Aber ein saniertes Gebäude sieht nicht nur schöner aus, es schafft auch mehr Wert. Wir haben die Werterhaltung, wir haben die Sicherheit, wobei man immerhin sagen muss, dass bei uns zum Glück noch nie etwas passiert ist, aber wehe, wenn. Die Kundenfreundlichkeit wird erhöht. Seien Sie froh, wenn Sie noch nie in einem Kabäuschen eine Beratung, eine Information oder einen Rat entgegennehmen mussten. Es sind sehr sehr enge Verhältnisse, Sie können mit keinem Kinderwagen und mit keinem Rollstuhl die Kabinen benutzen. Mit effizienten Abläufen versprechen wir uns viel, wir wissen, dass in der Organisation Sparpotenzial vorhanden ist, das wir mit dem Umbau auch realisieren möchten. Auch nicht zu verachten ist die Flexibilität. Das ist heute noch nicht gefallen, aber es könnte ja einmal sein, dass z.B. das Steueramt zentralisiert wird und wir plötzlich ein leeres Stockwerk hätten. Mit den Abgrenzungen und den Brandschutztüren ist es möglich, z.B. einen 4. Stock zu vermieten und einen entsprechenden Ertrag zu generieren. Und wenn Sie schon von einem Denkmal sprechen, ich meine, es steht der Gemeinde Horw an, ein entsprechendes Image im Gebäude zu haben und das muss nicht in goldenen Türgriffen sein. Sie konnten den kalkulatorischen Kosten entnehmen, dass diese rund 330'000 Franken pro Jahr betragen. Wenn Sie die Mietkosten vom Baudepartement abrechnen, den Wegfall vom Polizeiposten, von dem wir heute Ertrag generieren und den Wegfall der Energiedifferenz von 15'000 bis 20'000 Franken, haben wir einen jährlichen Mehraufwand für das sanierte Gemeindehaus von rund 185'000 Franken. Machen wir es nicht, haben wir einfach Probleme, die nicht gelöst sind. Einerseits müssen wir den Mietvertrag für das Baudepartement verlängern, man hat zwei Räume im 4. Obergeschoss, die im Moment ungenutzt sind, wir haben Fenster, die bald saniert werden müssen, wir haben einen massiven Energieverbrauch. Nicht unbedeutend im Zusammenhang mit der Elektrizität ist die ganze Informatik im Haus. Wir haben heute fast keine Leitungen mehr, durch die man noch einen Draht ziehen könnte. Das Ziel wäre, darum ist im Kostenvoranschlag auch der Aufwand der Elektrizität relativ hoch, Strom und EDV separat zu führen.

Der Gemeinderat hat natürlich auch gespürt, dass für die BVK sowie auch die einzelnen Fraktionen der Betrag recht hoch ist. 10 % weniger oder 10 % mehr, wir sind harte Vertragspartner, auch gegenüber dem Architekten und es ist nicht gesagt, dass man die SIA-Norm auch voll so berücksichtigen würde, sondern wir möchten günstig bauen.

Wir hatten heute morgen Gemeinderatssitzung und sind noch einmal über die Bücher gegangen. Wir können nicht einfach sagen, wir machen es 10 % günstiger und so haben wir uns überlegt, wo man eine Position als Block abstreichen könnte. Ich kann Ihnen Folgendes vorschlagen, die Präsidenten der GPK und der BVK haben das bereits heute erhalten: Wir haben die Ausgangslage mit einem Kostenvoranschlag von 7.3 Mio. Franken und einem Kubaturpreis von 515 Franken. Wir haben im Projekt einen Ausbau im 4. Stock beabsichtigt, und zwar den Teil, der heute Terrasse ist, zu zusätzlichen Sitzungs- oder Büroräumen auszubauen. Das wäre etwas, das wir als Ganzes herausnehmen könnten. Der Architekt hat das entsprechend kalkuliert und beurteilt den Aufwand von dem Erweiterungsbau im 4. Obergeschoss mit 580'000 Franken. Da wäre der Kubaturpreis natürlich höher, rund 1'400 Franken, weil das ja ein Neubau ist, das andere ist eine Sanierung. Der Vorschlag des Gemeinderates ist, auf den Ausbau der Terrasse im 4. OG zu verzichten. Dann würden die Kosten 6.7 Mio. Franken betragen, bei einem Kubaturpreis von 590 Franken. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir uns damit ein wenig vom Konzept weggeben, wir müssen aber sparen, nicht nur in Franken, sondern auch in der Fläche und das heisst einfach, dass wir zusammenrücken

müssen. Wir müssen das natürlich neu überdenken, neu organisieren, unser Bestreben ist aber nach wie vor, dass wir die Departemente etagenweise erhalten und so auch in Zukunft optimale Arbeitsabläufe gewährleisten können.

Ich unterstütze den Antrag auf Rückweisung. Die Darstellung vom Gemeindeammann betreffend dem Energieverbrauch hat mich ein wenig erstaunt, ich glaube nicht, dass man die Gebäude miteinander vergleichen kann. Es waren kaum spezifische Energiewerte, die Sie geliefert haben, sonst würde ich sehr staunen, wenn man im Seefeld zwischen 4 und 5 Mio. Franken in ein neues Gebäude investiert und dieses jetzt derart schlecht dasteht. Wahrscheinlich wurden irgendwelche absoluten Zahlen genommen, die so nicht vergleichbar sind.

Thomas Zemp (CVP)

Ich glaube nicht, dass wir heute einfach über ein Geschäft entscheiden und sagen können, dass wir den 4. Stock nicht ausbauen. Das wäre eben genau der Grund, warum man das Geschäft zurückweisen muss. Man kann über so etwas diskutieren, dann muss man aber mehr Fakten haben. Ich staune, wenn ich die Preisreduktion sehe. Wenn Sie auf dem Plan schauen, wie viel Fläche das ungefähr ist, soll das Balkönli auszubauen 580'000 Franken kosten. Wenn man das Land nicht rechnen muss, stellt man dafür ein Einfamilienhaus hin. Das ist wirklich sehr erstaunlich, das ergibt einen Kubaturpreis von 1'700 Franken, den man für den Ausbau braucht und das kann es einfach nicht sein. Das Gesamtkonzept ist für mich stimmig mit ein paar Details, wie Grossraumbüro, worüber man diskutieren kann. Aber man muss einfach noch einmal über den Preis gehen, man muss sich tatsächlich überlegen, ob es realistisch ist, 1.4 Mio. Franken beim Architekten hängen zu lassen. Man kann von mir aus gesehen jetzt nicht einfach sagen, wir werden es beschneiden und sagen, okay, 6.8 Mio. Franken sind gut, dann müssten wir wirklich genau festlegen, was wir nicht wollen. Nicht, dass der Gemeinderat am Schluss einfach sagt, jetzt machen wir die Fenster nicht oder den Ausbau im 4. Stock, dafür bleibt das Baudepartement drüben.

Die Zurückweisung hat schon seinen Reiz, was ich aber nicht unterstützen würde, ist der Vorschlag vom Gemeinderat, denn genau darin liegt das Risiko. Wenn Sie sich jetzt vom Gemeinderat erklären lassen, dass das Terrässeli im 4. OG nicht ausgebaut wird muss man aufpassen, ob alle energietechnischen Massnahmen, wenn Sie denn schon 1'700 Franken pro Kubik sparen, auch berücksichtigt worden sind, d.h. wo sind die Kältebrücken, die man mit dem Ausbau von dem Dach behoben hätte. Es sind 7.3 Mio. Franken gerechnet +/- 10 %. Ich sage jetzt mal 10 % minus, vorher ist das Architektenhonorar angesprochen worden und da garantiere ich Ihnen 1000:1, dass der Auftrag nie mit 23 % Honorar an einen Architekten vergeben wird. Das ist eine einzige Position und es ist die Position, die wir nicht kontrollieren konnten. Da muss es funktionieren auszubauen, wie wir das Konzept haben, was wir gewusst, hinterfragt und angeschaut haben und dann kommen wir doch jetzt nicht und sagen, dass wir aus Kostengründen das Terrässeli weglassen. Wenn man sieht, dass man beim Honorar einen Haufen Geld sparen kann, dann gibt es noch Ausbaustandards, es gibt Vereinfachungen, können wir es als Rat verantworten zu sagen, es wird so gebaut, wie es im B+A ist, mit einem Kostendach von 6.5 Mio. Franken und ohne zusätzliche Gemeinderatskredite. Dann haben wir ein Produkt zur Zufriedenheit aller. Dann können wir als Rat dahinterstehen und haben einen gewissen Abstand zum obligatorischen Referendum. Die Lösung ist für das Geld umsetzbar und ich sage Ihnen als Handwerker, dass der Kostenvoranschlag noch Spielraum hat. Wenn das Gemeindehaus wieder richtig saniert ist, haben wir wieder 30 Jahre Ruhe, es ist auch ausgewiesen, dass Energiekosten gespart werden können und in den folgenden Budgets fallen auch gewisse Kosten der Laufenden Rechnung weg. Den Vorschlag des Gemeinderates werde ich nie unterstützen und ich empfehle Ihnen das auch, aber ich mache Ihnen das vorliegende Projekt mit einem Kostendach von 6.5 Mio. Franken beliebt.

Roger Jenni (FDP)

Ich möchte meinem gewissen Unbehagen Ausdruck geben. Ich bin ganz einfacher Einwohnerrat, ich verstehe nichts vom Bauen, kann rechnen und höre zu. Sie sagen als Baufachmann, man könne sparen, der zuständige Gemeinderat sagt, man könne nicht sparen. Sie sagen, bei einer Sanierung gemäss vorliegendem B+A würden 6.5 Mio. Franken ausreichen, der Gemeinderat sagt, mit 6.5 Mio. Franken könne nicht alles so gemacht werden. Ich habe Mühe und finde es nicht ganz seriös, und das stärkt mein Unbehagen, wenn wir jetzt ein Geschäft behandeln und ich plötzlich im Rahmen der Debatte über relativ hohe Beträge entscheiden muss. Anfangs hatte ich für den Antrag betr. dem Kostendach von 6.5 Mio. Franken noch etwas übrig. Jetzt sehe ich aber einfach, dass das sehr unterschiedlich interpretiert werden kann und so kann ich keine saubere Beurteilung vornehmen.

Heiri Niederberger
(CVP)

Das ganze Projekt ist in unseren Augen durch die Laviererei eigentlich unglaubwürdig geworden. Herr Jenni hat dann als Fachmann gesagt, was Sache ist, aber wir sehen es in einem grösseren Zusammenhang. Herr Helfenstein hat gesagt, es seien ja nur 10 % unserer gesamten Bauvorhaben oder Investitionen von etwa 80 Mio. Franken. Herr Helfenstein, sind Sie denn bereit, Strassenprojekte zu kassieren? Sind Sie bereit, das Oberstufenschulhaus zu vergessen? Oder wenn Sie sagen, dass seien ja nur 10 %, heisst das mit anderen Worten, die 7 Mio. Franken können wir doch wohl ausgeben? Ich habe Ihnen vorher gesagt, wie hoch unsere Verschuldung ansteigen wird, wenn wir das alles realisieren wollen. Wir haben ein gutes und schönes Gemeindehaus, in dem man arbeiten kann. Auch wenn es gewisse Mängel hat, aber das hat vermutlich jedes Haus, in dem wir wohnen, kann man sicher noch damit leben. Wenn man es so lässt, wie es jetzt ist, kommt es am billigsten, Bauteuerung oder was auch immer, das ist im Moment kein Thema. Ich habe nicht gesagt, Herr Helfenstein, wir würden in 30 bis 40 Jahren hohe Zinsen haben, die hohen Zinsen werden bereits in 5 bis 10 Jahren haben und dann ist es nicht nur 1 Mio. Franken, dann wird es höher sein. Nur sind wir dann vermutlich alle nicht mehr im Amt und fein aus der Verantwortung raus. Wir sind ganz klar für eine Priorisierung der vielen Vorhaben und wir sind für Rückweisung des Geschäfts.

Alwin Larcher (SVP)

Mir geht es ebenso wie Heiri Niederberger, die Zahlen, die Herr Helfenstein präsentiert hat, haben mich auch total verwirrt. Was bedeutet der m³-Preis? Mir fehlt als Laie eine Vergleichsmöglichkeit und es fällt mir schwer, jetzt überhaupt eine Entscheidung zu treffen.

Jürg Luthiger (CVP)

Herr Helfenstein, ich habe Ihnen vorhin draussen vorgeworfen, dass die 1.3 Mio. Franken Architekturhonorar unverhältnismässig und zu viel sind und Sie haben mir geantwortet, dass sei Bruttohonorar, Sie hätten das mal so in den Kostenvoranschlag genommen und wüssten, dass anders verhandelt werden kann. Darum bleibe ich auch hartnäckig bei dem Argument und dem Punkt, der am meisten ausmacht. Das Unbehagen, dass Herr Luthiger und Herr Niederberger haben, habe ich auch, denn einen m³-Preis von 1'700 Franken gibt es in keiner Baunorm. Aber jetzt komme ich wieder zurück auf das, was ich ursprünglich im Eintretensvotum unserer Fraktion gesagt habe. Die Norm Erdbebenertüchtigung und Erdbebensicherheit, das ist die Ungewissheit, die besteht bzw. wann die Änderung der Auflage kommt. Wenn diese in Kraft tritt, bauen Sie für mindestens 2 Mio. Franken mehr und darum sage ich, dass es jetzt das kleinere Übel ist als das, was uns noch bevorstehen kann und darum bin ich so energisch für die Sanierung des Gemeindehauses. Bei der Qualität des Arbeitsplatzes habe ich jetzt auch das Gefühl, dass es zum arbeiten noch ausreicht, die Kundenfreundlichkeit liegt mir da schon ein wenig näher. Das entscheidendste Argument ist aber die Erdbebensicherheit und dass ich als Rat nie irgendwann die Verantwortung übernehmen möchte, wenn in 4 oder 5 Jahren die absolute Notwendigkeit besteht, all die Auflagen zu erfüllen.

Roger Jenni (FDP)

Ich habe das gleiche Problem wie Heiri Niederberger und Jürg Luthiger. Man kommt zur Debatte, man hat mit dem B+A gearbeitet und dann kommen während der Debatte neue Zahlen usw. Heisst eine Rückweisung, dass das Geschäft in diesem Jahr noch einmal kommen kann? Dann verlieren wir vielleicht zwei bis drei Monate und in denen gibt es von der Erdbebensicherheit her nicht den Schub, der das Ganze verteuern würde. Wir vergeben uns also nichts, wenn wir das Geschäft zurückweisen. Oder bedeutet eine Rückweisung, dass das Geschäft in zwei oder drei Jahren wieder kommt? Ich habe das Gefühl, das ist auch noch ein wesentlicher Punkt, der wichtig ist, um einen Entscheid zu fällen. Auch zu Gunsten des Gemeindehauses, von dem wir wissen, dass Handlungsbedarf besteht.

Urs Hediger (CVP)

Das Geschäft liegt Ihnen seit Mai vor und von daher hätten wir auch vorher irgendwann Kontakt aufnehmen und über das Thema diskutieren können. Zum Thema Seriosität oder Lavierern oder was auch immer muss ich mich nicht gerade wehren, aber ergänzen. Es ist seriös abgeklärt worden und der Architekt hat die Elemente neu kalkuliert. Wir haben gesagt, wir möchten ein so ausgebautes Parterre und wir möchten so die anderen Stockwerke ausbauen und da kam der Vorschlag vom Architekten, dass man das Dachgeschoss ausbauen könne. Wir müssen dort sehr viel machen, denn es ist einfach ein Dachgeschoss und braucht sehr viel Aufwand. Man kürzt nicht linear und sagt, wir gehen jetzt auf die 6.5 Mio. Franken, sondern wir lassen das Modul, Ausbau des Dachstocks für 580'000 Franken, weg.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Zum Thema Stafflung: Herr Larcher, wir haben jetzt einfach einmal die 80 Mio. Franken auf dem Tapet, aber nützen wir doch die Gelegenheit. Wir haben schon eine kleine Stafflung, wir sehen in der Phase 1 das Gemeindehaus, wir sehen nachher den Kopfbau und dann das Oberstufenschulhaus, bei dem der nächste Schritt erst der Wettbewerb ist. So haben wir bereits eine Stafflung, ansonsten wird es nur aufgeschoben und wie auch Herr Jenni gesagt hat, tendenziell wird es dann teurer.

Zur Kubatur: Sie müssen mir wahrscheinlich Recht geben, dass es einfacher ist, mit einem Neubau zu vergleichen. Bringen Sie mir einen Sanierungsbau, der ungefähr die gleichen Mängel hat, wie unser Gemeindehaus und bei dem die Investitionen anstehen, wie wir sie jetzt umsetzen wollen. Das ist sehr schwierig, aber ich werde probieren, irgendwelche Vergleichszahlen zu bringen.

Zum Thema Rückweisung: Uns fehlen bereits jetzt drei Monate durch die Verzögerung der Mai- und Junisitzung. Auf die Oktobersitzung reicht die Zeit nicht und im November werden wir das Budget behandeln. Wir verlieren nicht nur eine Sitzung, wir verlieren mehr und dann wird es eng. Wenn ich jetzt die guten Voten entgegennehmen könnte, dass eine Sanierung notwendig ist und schon gewisse Aufträge rauslassen resp. die Planung genauer anschauen könnte, nicht zuletzt auch das Architektenhonorar. Das ist jetzt ein Kostenvoranschlag und wenn es in die Projektphase geht, werden wir genauer und vielleicht auch von der SIA-Norm abweichen und dann sind wir nie auf 23 % und können das genauer anschauen.

Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, es ist keine Verschleierungstaktik, es ist keine lineare Kürzung, sondern es ist ein Bedürfnis, dass wir unser Gemeindehaus, das fast 40 Jahre alt ist, mit den nötigsten Investitionen und Sanierungsarbeiten auf Vordermann bringen, damit wir auch entsprechend funktionieren können. Ich sage noch einmal Sicherheit, Kundenfreundlichkeit, Klima bzw. Energieverbrauch und Optimierung der Arbeitsabläufe.

Ich muss zur Ehrenrettung vom Gemeindeammann sagen, die Basis, die er gerechnet hat, ist SIA-Honorar. Das ist nicht unseriös, aber es ist nicht marktüblich, sondern bei so einem Bauvolumen rechnet man zwischen 11 und 12 %. Es ist also machbar, das Projekt für 6.5 Mio. Franken zu realisieren.

Roger Jenni (FDP)

Wenn er vom Architektenhonorar spricht, ist das nicht nur der Architekt, sondern es sind noch viele andere Planer dabei, darauf möchte ich aber nicht eingehen.

Beat Imboden (FDP)

Falls der B+A zurückgewiesen wird möchte ich Folgendes mitgeben: Im B+A wird auf die energetische Beurteilung sehr grossen Wert gelegt. Was ich im Bericht aber vermisse ist, wie viel wird investiert, um das beheben zu können, was kommt auf der anderen Seite wieder dabei heraus, was spare ich ein, wie stehen Ersparnis und Investition im Verhältnis, sei das auf elektrischer Seite, sei das auf der wärmetechnischen Seite, davon sehe ich dem Bericht absolut nichts. Wenn man den Bericht noch einmal überarbeitet, wäre das für mich ein sehr wichtiger Punkt, dass man dem ein wenig mehr Gewichtung schenkt. Wenn ich sehe, dass wir eine Minergie-Zertifizierung machen könnten, ist das für mich Nebensache und nicht das primäre Ziel. Das primäre Ziel ist sicher, dass man das Gebäude wärmetechnisch gut saniert, man muss die Kosten im Rahmen behalten und muss sagen, dazu können wir stehen, das können wir für den Rahmen machen, ob das jetzt 5 Mio., 3 Mio. oder schlussendlich 6 Mio. Franken sind, aber man hat es dann klar definiert.

Als BVK-Sprecher möchte ich noch einmal sagen, dass die Renovation notwendig ist. Das Architektenhonorar von 900'000 Franken muss durch das Submissionsgesetz sowieso öffentlich ausgeschrieben werden und dann wird der Markt schon entscheiden, wie hoch der Preis ist. Man kann ja auch z.B. drei Richtofferten einholen und dann wird hier im Rat niemand mehr den Preis anzweifeln.

Reto Deschwanden (CVP)

Für die BVK war es anhand vom Kostenvoranschlag schwierig zu sagen, was ausgewählt wird und wo man kürzen kann. Wenn man wissen möchte, wo man es billiger machen könnte, wie gross der Standard sein muss usw., muss man auch darüber diskutieren können, aber jetzt ist es für die BVK sehr schwierig, genauere Auskünfte zu geben.

Die GPK stellt den Antrag, den B+A zurückzuweisen. Die SVP hat Antrag auf Nichteintreten gestellt. Wird an dem Antrag der SVP festgehalten oder könnten Sie sich auch mit einer Rückweisung begnügen?

Robert Odermatt (SVP)

Wir könnten uns mit einer Rückweisung abfinden.

Marcel Zimmermann (SVP)

Abstimmung:

Antrag der GPK und der SVP, den Bericht und Antrag Nr. 1420 zurückzuweisen.

Robert Odermatt (SVP)

Dem Antrag wird mit 17:10 Stimmen zugestimmt.

5. Bericht und Antrag Nr. 1432 Planungsbericht Kastanienbaumstrasse, Abschnitt Buholz bis Schwanden

Eintreten GPK

Die GPK ist erfreut, dass sich der Gemeinderat mit dem vorliegenden Planungsbericht die Meinung des Einwohnerrates abholen will. Bis jetzt sind noch keine grossen Investitionen entstanden, weil es sich eben "erst" um einen Planungsbericht handelt. Es ist vorgesehen, für den Ausbau der Kastanienbaumstrasse, den Rad- und Gehweg und die Kreuzung, einen Betrag von ca. 2.6 Mio. Franken zu investieren. Im B+A beschreibt der Gemeinderat, dass die Kastanienbaumstrasse im Abschnitt Buholz - Kastanienbaum zu schmal ist. So können auf dieser Strecke keine Lkw's oder Busse kreuzen. Dieser Abschnitt wird auch als Schulweg genutzt. Im Planungsbericht wird eine 6.70 m breite Fahrbahn mit markiertem Radstreifen und ein Rad-/Gehweg von 2.20 m Breite vorgeschlagen. Der Rad-/Gehweg wird mit einem grünem Trennstreifen von der Fahrbahn abgegrenzt. Auch der Bereich der Kreuzung Buholz soll neu gestaltet werden. Mit einer neuen Vortrittsregelung soll der Verkehrsfluss Richtung Kastanienbaum priorisiert werden. Die GPK nimmt vom Planungsbericht Kenntnis, wir werden aber in der Detailberatung noch Anträge auf Bemerkungen machen.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Eintreten BVK

Die BVK begrüsst den Planungsbericht, so wird nicht schon von vornherein allenfalls unnötig ins Detail geplant. Die Notwendigkeit ist unbestritten, die Ausmasse sind jedoch zu gross. Die Kurven auszubauen, um das Kreuzen mit dem Bus zu gewährleisten, unterstützen wir. Der Ausbau von Kreuzung und Einmünder Rigiblickstrasse hat keine Mehrheit gefunden. Die Projektkosten von 2.5 Mio. Franken +/- 20 % erachten wir als relativ hoch. Der Fahr- und Gehweg findet Akzeptanz. Zusammengefasst: Es besteht ein gewisser Handlungsbedarf, aber das Projekt ist zu gross geworden.

Roger Jenni (FDP)

Eintreten CVP

Die CVP-Fraktion kommt zu folgenden Schlüssen: Der Projektperimeter lässt sich ganz klar in zwei Teilprojekte unterteilen, nämlich die Sanierung der Strasse zum einen und die Anpassung der Verkehrsführung von der Kreuzung Buholz zum anderen. Der eine Bereich, die Sanierung des Strassenabschnittes, ist aus Sicherheitsgründen unbestritten. Die CVP-Fraktion möchte aber klar zur Kenntnis bringen, dass ein Ausbaustandard sicher nicht zu einem Risikofaktor, zu einer Raserstrecke, führen darf. Bei der Kreuzung Buholz ist für uns die Priorität bezüglich Verkehrsführung und Zielerreichung, die man damit haben möchte, eher fraglich. Aus den Überlegungen wünscht die CVP eine kostenmässige Aufteilung, um auch eine allfällige Etappierung des Projektes ins Auge zu fassen. Mit den entsprechenden Anträgen in der Detailberatung ist die CVP-Fraktion für Eintreten und zustimmende Kenntnisnahme vom Planungsbericht.

Heiri Niederberger
(CVP)

Eintreten SVP

Wir von der SVP-Fraktion sind uns einig, dass eine Sanierung und eine Umgestaltungsarbeit der Kastanienbaumstrasse im Knotenpunkt Buholz wieder einmal eine Vergoldung unserer Horwer Infrastruktur ist. Die SVP-Fraktion wird daher in der Detailberatung einen Antrag stellen. Wir sind für Eintreten.

René Meyer (SVP)

Eintreten FDP

Die FDP-Fraktion begrüsst die Vorgehensweise mit dem Planungsbericht, so können unnötige Planungskosten gespart werden und der Gemeinderat erhält trotzdem die Meinung des Rates. Folgende Punkte haben Anlass zur Diskussion gegeben:

- Feststellung: Die Strasse ist in einem schlechten Zustand.
- Erste Priorität haben der Geh-/Radweg und dann die Strasse.
- Die Strasse sollte vernünftig ausgebaut werden.
- Evtl. genügt eine Strassenbreite von 6.00 m anstatt 6.70 m.
- Keinen Ausbau bzw. Umbau wünschen wir von der Kreuzung Buholz und somit auch kein extra Strässchen zum Bauernhof.
- Der Ausbau der Kreuzung Rigiblickstrasse/Unterwilstrasse ist nicht nötig, hier handelt es sich um zwei Privatstrassen.
- Die Verschiebung der Busbuchten sehen wir nicht, sondern den Ausbau der bestehenden Busbuchten.

Die FDP nimmt den Planungsbericht Nr. 1432 zur Kenntnis und ist vorbehaltlich der vorerwähnten Punkte für sanfte Ausbaumassnahmen wie unter Punkt 3.3 beschrieben.

Eintreten L2O

Was lange währt, wird hoffentlich endlich gut. Vor 14 Jahren ist schon ein Projekt für einen Neubau Kreisel Buholz und die Strassensanierung mit Rad-/Gehweg vom Einwohnerrat abgelehnt worden. Mehrmals habe ich schon darauf hingewiesen, dass es sinnvoll wäre, die Kastanienbaumstrasse schneller zu behandeln. Alle anderen Strassen von und nach dem Steuersubstrat und zu den potenziellen Schlüsselkunden sind durch Einsprachen blockiert. Aber: Substrat muss auch gepflegt werden, damit es dann auch Erträge abwirft. Bisher sind leider keine grossen Investitionen in die Infrastruktur getätigt worden. Die Erschliessung nach Kastanienbaum ist über alle Wege in einem strassenunwürdigen Zustand.

Hoffentlich sehen Sie heute die Notwendigkeit ein, dass die abenteuerliche Rallyestrecke mit Bodenwellen, Schlaglöchern und Ausfahrten ins angrenzende Wiesland umfassend saniert werden muss. Wahrscheinlich gibt es darum auch so viele Offroader in Kastanienbaum. Auch die ewige jährliche Flickerei, wie in den letzten Tagen und Wochen wieder, würde endlich der Vergangenheit angehören.

Zur Verzweigung Buholz ist sich die L2O uneinig. Klar ist: Die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden muss an erster Stelle stehen. Heute sind Kreisel als sicheres Strassenelement, als sichere Verzweigung bekannt und allseits akzeptiert. Einverstanden wäre wir noch mit der Vorfahrtsberechtigung in Richtung Kastanienbaum, um den Schleichweg nach Luzern-Süd zu unterbinden. Aber auch im Mättiwil – Langensand – Haslihorn – Stutz und auch in St. Niklausen gibt es noch Steuersubstrat generierende Personen. Die haben die gleichen Rechte und Bedürfnisse an eine zeitgemässe und gleichwertige Verkehrsanbindung von und nach dem Dorf. Mit dem Kreisel entfällt eine Ungleichbehandlung der verschiedenen Gemeindeteile. Die geplante und vorgeschlagene Massnahme mit Linksabbiegen entschärft diese Gefahrenzone überhaupt nicht. Die meisten Zweiradunfälle passieren mit unachtsamen Linksabbiegern, wie vorgestern in Root. Ich habe eigentlich keine Lust, mich jedes Mal mit meinem Zweirad dieser Gefahr auszusetzen.

Durch eine Verkleinerung und Rückbau der heute riesigen Verzweigung könnte sogar Landwirtschaftsland gewonnen werden, das dann allerdings bei einer Verbreiterung der Strasse wieder gebraucht wird. Aber immerhin: in etwa ein Nullsummenspiel, was den Verbrauch von Landwirtschaftsland betrifft.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Franz Leipold (L2O)

- Der einseitige Radstreifen in Richtung Kastanienbaum sollte unbedingt, wie nach dem Felmis vorgesehen, ebenfalls mit 1.50 m Breite weitergeführt werden. 1.25 m ist sehr minimalistisch, v.a. wenn nach wie vor mit 60 km/h oder sogar schneller gefahren wird.
- Zur Geschwindigkeit 50-70 km/h, wie bei allen 4 Varianten vorgesehen: Lassen wir es bei 50-60 km/h, da die meisten ja sowieso schneller fahren.
- Eine Strassenbreite von 6.00 m würde das Tempo für Lkw und Bus beim Kreuzen auf ca. 30 km/h reduzieren.
- Der vorgesehene abgetrennte seeseitige Rad-/Gehweg ist von unserer Seite unbestritten, inkl. dem vorgesehenen Trennstreifen.

Die L2O ist für Eintreten und Neubau der Kastanienbaumstrasse und sie unterstützt Änderungsanträge zu einem sicheren Verkehrsregime an der Buholzkreuzung.

Mit dem Instrument Planungsbericht zeigen wir Ihnen in einer sehr frühen Phase auf, was wir vorhaben. Das werden wir in nächster Zeit allenfalls auch bei anderen, vor allem auch Infrastrukturbauten machen, damit Sie sich bereits frühzeitig eingeben können. Wir haben relativ rudimentär mit Skizzen aufgezeigt, was geplant ist und ich bin sehr froh, wenn Sie in der anschliessenden Debatte Ihre Bemerkungen kundtun, damit wir nachher an die Ausarbeitung des Projektes gehen können. Die Hauptanliegen sind für uns die Sicherheit, die man mit den jetzt angesprochenen Massnahmen verbessern kann, aber auch die Verkehrsberuhigung, mit der wir in unserem Dorf angefangen haben. Eine von den Massnahmen ist die Kreuzung Buholz, die ein Relikt aus früheren Zeiten ist, als man noch andere Pläne auf der Halbinsel hatte. Es wird niemand weniger bevorzugt, wenn wir die Hauptverkehrsbeziehung Richtung Kastanienbaum machen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Detailberatung

2 Ziele

Zum letzten Punkt hat die Verkehrszählung scheinbar ergeben, dass die Strecke als Schleichweg benutzt wird. Können Sie Zahlen nennen, wie viel Prozent des Verkehrs an der Kreuzung Durchgangsverkehr ist?

Markus Bider (CVP)

Das durchschnittliche Verkehrsaufkommen beträgt 2'300 Fahrzeuge pro Tag. Man kann aber nicht genau sagen, wie viele davon den Schleichverkehr betreffen, denn dann müsste man im Tribschenquartier messen. Wir thematisieren aber seit Jahren, und wir haben es auch schon hier im Rat besprochen, dass es eine gute Verbindung ist. Wenn man z.B. als Nid- oder Obwaldner/-in im Tribschenquartier arbeitet ist es sehr angenehm, die Autobahnausfahrt Horw zu benutzen, obwohl wir im Dorf Tempo 30 haben, und oben durchzufahren. Man kann relativ zügig durch die schöne Gegend fahren und kommt erst auf Luzerner Boden, im Bereich Schönbühl, an die erste Ampel. Selbstverständlich sind das auch unsere Aussenquartiere, die wir mit der Strasse bedienen müssen, aber ich denke, sie wird dadurch nicht unattraktiver. Man biegt einfach einmal mehr ab und so hoch sind die Verkehrszählungen auch wieder nicht, dass es zu Stausituationen o.Ä. führen würde. Durch die Busbevorzugung und den Langsamverkehrsweg können wir auch die Kinder sicherer über die Kreuzung führen. Früher wurde immer wieder davon gesprochen, wie gefährlich die Kreuzung sei, heute hat man sich daran gewöhnt. Die angrenzende Bauernfamilie berichtet aber, dass es auch heute noch durchaus eine Thematik sei.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Ich wohne an der Strasse und habe Mühe mit der Argumentation, dass das ein Schleichweg sein soll. Wenn man von Stans kommt, führt der schnellste Weg ins Tribschenquartier über die Allmend, den Steghof und das Eisfeldquartier. Der Schleichweg wird von Ihnen nur immer als Argument benutzt, um irgendwelche Massnahmen zu treffen.

Roger Jenni (FDP)

Es geht nicht nur um den Schleichweg, ich wohne dort und höre, dass es dort enorm viel Verkehr gibt. Das sind alle, die gerne dort fahren, weil es eine grosszügige Strasse ist, denn man kommt schnell vorwärts und es gibt keine Blinkanlage. Beim Steghof muss man 30 km/h fahren, es gibt Blinkanlagen und eine Bahnschiene. Oben durch ist es einfacher und so gibt es dort sehr viel Verkehr. Je grosszügiger und breiter eine Strasse ist, umso mehr lädt diese ein zum schnell und mehr fahren.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Frau Strässle, 2'300 Fahrzeuge pro Tag sind sehr wenig Verkehr. Sie meinen, Sie wohnen an der Autobahn, aber in der Verkehrsplanung sind 2'300 Autos sehr sehr wenig.

Reto Deschwanden
(CVP)

3.2 Ausbauvarianten

Die GPK stellt zwei Anträge auf Bemerkung. Der eine betrifft den Rad- und Gehweg und die Strasse, der andere die Kreuzung Buholz. Der erste Antrag lautet: "Nur der Rad-/Gehweg soll erweitert werden. Auf den Ausbau der Strasse selber soll verzichtet werden."

Rita Sommerhalder
(CVP)

Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie nur den Rad-/Gehweg ausbauen und die Strasse belassen wollen? Und es ist Ihnen klar, dass man beim Kreuzen auf das Wiesland fahren muss? Wir haben Ihnen im B+A aufgezeigt, dass man einen gewissen Ausbau möchte, damit man auch wirklich kreuzen kann. Dort verkehrt der Bus und es gibt Autos, die entgegenkommen. Immerhin haben wir dort erreicht, dass man nur 60 km/h fahren darf, es ist ja eine Ausserortsstrecke, die man eigentlich mit 80 km/h befahren könnte. Es wäre wirklich angebracht, wenn man schon etwas an der Strecke macht, dass auch der Strassenabschnitt saniert wird. Es ist keine vergoldete Sanierung, wie ich hören musste. Wir haben ebenfalls einen Sparwillen und lange geprüft, was an der Strasse wirklich nötig ist und dieser Ausbau ist nötig. Wir haben Ihnen in der Skizze die Breite von 6.70 m aufgezeigt, die absolut nötig ist, damit sich zwei Lkw's vernünftig kreuzen können und es ist wichtig, den Teil auf diese Breite ausbauen zu können.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Ich kann der GPK Recht geben, den Rad- und Gehweg muss man unbedingt ausbauen. Ich stelle auch fest, wenn der Radweg gut ausgebaut ist, fahren die Kinder gerne freiwillig darauf und bleiben nicht auf der Strasse. Heute bleiben sie oft auf der Strasse, weil es schneller ist, denn der Rad-/Gehweg ist sehr schlecht, holprig und geht nach oben und unten. Das ist sehr gefährlich. Ich schlage vor, die Variante 1, mit einer Fahrbahnbreite von 6.00 m zu nehmen, es ist nicht bedingt, dass zwei Lastwagen mit 60 km/h aneinander vorbeifahren müssen. Heute fahren viele Leute 80 km/h auf der Strasse, Tempobeschränkung hin oder her, aber man muss es nicht noch mehr fördern, indem man die Strasse überausbaut und noch eleganter und noch perfekter macht. Ich glaube, wenn zwei Busse beim Kreuzen das Tempo ein wenig zurücknehmen, reicht auch die Variante 1, damit diese gut aneinander vorbeifahren können.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Unterstützen Sie bitte den Antrag nicht. Die Strasse muss ausgebaut werden, denn sie ist zu schmal, es wird auf das Wiesland gefahren und es ist ein Acker rechts und links der Strasse. Es ist auch klar, dass der Rad- und Gehweg kommen muss. Mit der 6.00 m breiten Strasse könnten wir leben.

Franz Leipold (L20)

Ich bin letzte Woche dort mit dem Velo auf der Strasse gefahren und Autos sind mir nur sehr spärlich entgegengekommen. Man kann dort kreuzen, natürlich nicht mit 60 km/h, aber das ist an den Stellen auch gar nicht notwendig. Wir sind dort auf dem Land und es ist keine Autobahn nötig, zumal man hinten wieder mit einer Barriere auf Tempo 30 reduzieren will. Ich sehe den Sinn nicht, dass man dort so eine Strasse ausbaut.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Es sind ca. 2'000 Fahrzeuge pro Tag und von denen sind höchstens 10 % Lastwagen oder Busse. Ich habe auf dem Fahrplan geschaut und das Szenario, dass zwei Busse kreuzen müssen, gibt es nicht. Von daher sehe ich den Sinn überhaupt nicht, die Strasse auszubauen, denn je breiter die Strasse, desto schneller wird gefahren.

Marcel Zimmermann
(SVP)

Als bautechnisch Kundiger kann ich den Antrag der GPK nicht unterstützen. Der Radweg, der nur auf einer Seite projektiert ist, und die Fahrbahn sollten in einem Mal ausgebaut werden. Die Variante 4, die jetzt vorgeschlagen ist, würde ich unterstützen. Mit einer Breite von 6.70 m kann man einen guten Radstreifen machen, der für Velofahrende auch sicher ist. Die Variante 1 würde ich nicht unterstützen, denn es ist sehr gefährlich, bei einer Breite von 6.00 m zu kreuzen, wenn die Geschwindigkeit eingehalten wird. Zum Argument, dass mit 80 km/h gefahren wird: Es ist eine Beschränkung auf 60 km/h, die laut Gesetz vorgegeben ist. Das Argument, dass bei einer Breite von 6.00 m nicht gerast wird, stimmt nicht, denn wenn ich allein bin, kann ich auch auf einer 6.00 m breiten Strasse 100 km/h fahren. Die Strasse ist ausgelegt für 60 km/h und das ist das Tempo und je schmaler es ist, desto gefährlicher ist es, zu kreuzen.

Reto Deschwanden
(CVP)

Herr Deschwanden, Sie widersprechen sich. Vorhin haben Sie Frau Strässle gesagt, es wären nur 2'300 Autos pro Tag, das sei nicht an der Autobahn. Jetzt sagen Sie, man müsse es grosszügig ausbauen. Die Strasse lädt auch so ein, um relativ schnell zu fahren und wie bereits gesagt wurde, wenn nachher die Zone 30 kommt, begreife ich nicht, dass man die Strasse deluxe ausbauen muss, nur weil ab und zu ein kleiner Lastwagen oder ein Bus etwas auf das Land hinausfährt. Von mir aus gesehen reicht ein Veloweg, dann haben wir dort einen sicheren Schulweg.

Urs Rölli (FDP)

Herr Rölli, Sie müssen sehen, wenn wir die Strasse 6.00 m breit machen und nachher noch einen Radstreifen markieren möchten, ist das fast nicht mehr möglich. Es gibt Normen und wenn eine Strasse auf 60 km/h ausgelegt ist, beträgt die minimale Breite 6.70 m. Das ist nicht übertrieben oder extra gross, sondern das Minimum.

Reto Deschwanden
(CVP)

Ich möchte Herrn Rölli widersprechen, denn es wird nicht nur ein wenig auf das Wiesland gefahren, sondern es wird teilweise mit beiden Achsen auf das Land ausgewichen.

Franz Leipold (L2O)

Zu den Normen: Ich bin mit dem Metermass unterwegs gewesen und habe Strassen und Radwege gemessen. Im B+A heisst es 1.25 m, ich habe nur Radwege gefunden, die 1.00 m breit sind. Wahrscheinlich wird schon wieder die Luxusvariante vorgeschlagen oder es ist eine neue Norm. Wenn man beim Felmis schaut, ist dort eine Strasse, die links und rechts einen Radstreifen hat. In unserer Variante haben wir ja bereits auf einer Seite einen Rad- und Gehweg, wir brauchen also nur einen Radstreifen, den man markieren kann. Es reicht wirklich die Variante 1 und dann muss niemand nebendran fahren, vor allem, weil es ja dann vermutlich gut ausgebaut ist und es links und rechts noch einen Rand mit Pflastersteinen gibt.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Es gibt das Beispiel St. Niklausenstrasse, vom Krämerstein nach unten, wo die Strasse so ausgebaut ist, dass zwei Lastwagen knapp nicht kreuzen können. Ich habe schon gehört, dass dort der Bus extra auf dem Trottoir fährt, weil er weiss, dass der Bus entgegenkommt. Das ist die Konsequenz daraus, dass man dort die Strasse nur 6.00 m breit gemacht hat.

Reto Deschwanden
(CVP)

Die 1.00 m breiten Radstreifen haben Sie vielleicht gemessen, wenn es geradeaus geht. Wenn es steil bergauf geht, sind die Radstreifen breiter, auch dafür gibt es Normen. Ich bitte Sie, die Variante 4 zu unterstützen. Diese ist Norm und es handelt sich um eine Ausserortsstrasse, die mit 60 km/h befahren werden kann. Ausserdem muss man sehen, dass dort Beleuchtung auch nicht gerade sehr gut ist.

Ich kann Herrn Deschwanden nur unterstützen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Ich möchte noch etwas loswerden: Es kann nicht sein, dass man dauernd sagt, das und das und das sei ein Luxus. Wir haben das ganze Projekt so geplant, dass es eben kein Luxus ist, sondern es ist das Notwendige. Und da können Sie jetzt noch so viel sagen, wenn Ihnen das Wort so gefällt, es sei vergoldet und es sei Luxus. Es kann nicht sein, dass wir in der nächsten Zeit so miteinander kommunizieren. Warum muss man dem Gemeinderat immer vorwerfen, er würde luxuriös planen? Das können Sie mir vielleicht später beim Wein noch erklären.

Ich fahre in der letzten Zeit fast täglich dort durch, meistens mit einem Anhänger, der auch nicht gerade schmal ist. Mir ist aufgefallen, dass die Strasse eigentlich recht gut ist, von Schlaglöchern habe ich nicht wirklich viel gemerkt. Ebenso ist das Kreuzen mit dem Bus, selbst mit einem Anhänger, kein Problem. Es ist klar, man muss schauen, man hat nicht übermässig Platz, aber es geht tiptopp und ich muss nie aufs Land hinausfahren, schon gar nicht mit der zweiten Achse. Ich habe das Gefühl, dass die Sicherheit der Kinder gewährleistet ist, wenn man den Radweg ausbaut. Es ist aber nicht notwendig, dass man die Strasse extrem ausbaut, was sowieso dazu verleiten würde, noch schneller zu fahren und man hätte damit noch mehr Lärm und eine noch grössere Gefährdung der Verkehrsteilnehmer.

Reto Eberhard (SVP)

Frau Bernasconi möchte ich bezüglich Kommunikation entgegenen: Wir werfen Ihnen gar nichts vor, wir haben vier Varianten und zwischen denen können wir wählen. Etwas vorwerfen würden wir Ihnen, wenn wir nur eine Variante hätten.

Heiri Niederberger
(CVP)

Abstimmung:

Antrag der GPK, nur den Rad-/Gehweg auszubauen und auf den Ausbau der Strasse zu verzichten.

Robert Odermatt
(SVP)

Der Antrag wird mit 10:16 Stimmen abgelehnt.

Ich stelle den Antrag, Variante 1 mit einer Fahrbahnbreite von 6.00 m in Betracht zu ziehen.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Abstimmung:

Antrag von Ruth Strässle, Variante 1 mit einer Fahrbahnbreite von 6.00 m zu realisieren.

Robert Odermatt
(SVP)

Dem Antrag wird mit 20:6 Stimmen zugestimmt.

3.2.4 Varianten Knoten Buholz

Ich komme zum zweiten Antrag der GPK, möchte aber noch sagen, dass beide Anträge eine knappe Mehrheit erreicht haben.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Antrag: "Der Verkehrsfluss auf der Kreuzung Buholz sollte, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, geändert werden. Die Änderung sollte aber nur durch Signalisationsmassnahmen gemacht werden. Eventuelle bauliche Veränderungen der Kreuzung sollen, wenn überhaupt, minimal gehalten werden."

Der Knoten Buholz ist für eine Kreuzung überhaupt nicht so schlimm. Wieso sollen wir die ändern? Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, den Knoten Buholz so zu belassen wie er ist.

Roland Bühlmann
(SVP)

Ich möchte noch ergänzen, dass die Kostenersparnis ohne den Ausbau des Knotens Buholz ca. 400'000 Franken beträgt.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Was ich Ihnen noch zu bedenken geben möchte: Wir haben ja kürzlich die Mättwilstrasse gemacht und gedacht, es sei gut, wenn man anhand der Offerte für die Mättwilstrasse berechnet, was in den nächsten Jahren beim Knoten Buholz trotzdem für Kosten anfallen. Es ist nicht so, dass man einfach sagt, es passiert dort nichts. Man würde selbstverständlich nicht ausbauen, aber wir schätzen, dass innerhalb der nächsten 5 bis 15 Jahre für gewisse Belagsarbeiten, das sind etwa 1'350 m², Kosten in der Grössenordnung von 200'000 Franken anfallen. Auch die Beleuchtung müsste man gelegentlich ersetzen, das wären 9 Lampen für ca. 80'000 Franken. Es kommen also trotzdem irgendwann Kosten von 280'000 Franken auf uns zu, 400'000 Franken haben wir geschätzt, wenn wir jetzt alles miteinander machen würden. Selbstverständlich kann man es etappieren, aber Sie wissen selber, dass es dann eine gewisse Verteuerung geben wird. Die bauliche Massnahme gemäss Antrag der GPK, eine Richtungsänderung nur mit Signalisationen oder minimalen baulichen Massnahmen vorzunehmen, würden wir noch prüfen, je nachdem wie jetzt der Entscheid der Abstimmung sein wird.

Die Kreuzung ist ganz klar zu gross, ich weiss nicht, was man mit der einmal erschliessen wollte. Ich glaube, es wäre Wasser in den Rhein getragen, wenn man da jetzt Geld in die Hand nehmen und etwas umbauen würde. Die Kreuzung sieht tiptopp aus, obwohl es schöner wäre, wenn sie kleiner wäre. Ich kann nur unterstützen, die Kreuzung so zu belassen wie sie ist.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Abstimmung:

Antrag der GPK, die Kreuzung Buholz nur mit Markierungen zu versehen und minimalen baulichen Änderungen anzupassen.

Dem Antrag wird mit 13:10 Stimmen zugestimmt.

Robert Odermatt
(SVP)

Antrag der SVP, die Kreuzung Buholz so zu belassen wie sie ist.

Dem Antrag wird mit 16:11 Stimmen zugestimmt.

Das ist ein Planungsbericht und wenn man nichts macht weiss man, dass es nichts kostet. Wie hoch die Kosten für Signalisationen und minimale bauliche Massnahmen sein werden, kann man nachher im B+A sauber ausweisen und wir werden dann entscheiden, was wir wollen.

Reto Deschwanden
(CVP)

Wir haben es beim Eintreten so angesprochen, dass die CVP-Fraktion gerne eine Etappierung hätte. Aufgrund der Ausführungen von Frau Bernasconi ist der Antrag eigentlich überflüssig geworden, weil es im Bericht und Antrag ausgewiesen werden kann. Ich hoffe, es kommt dann auch so und dann werden wir dementsprechend die Diskussion noch einmal führen.

Heiri Niederberger
(CVP)

Ich interpretiere es so: Die Idee war, einen Planungsbericht vorzulegen, um die Meinungen abzuholen. Es dürfte für mich jetzt nicht sein, dass man noch variantenreicher aus der Beratung geht. Nach der Abstimmung geht es jetzt nur darum, Ihnen aufzuzeigen, ob man die Hauptverkehrsrichtung der Kreuzung mit geringen baulichen Massnahmen ändern kann, damit Sie allenfalls bei der Kreditsprechung noch sagen können, ob Sie das möchten. Ich denke, das ist nicht so ein wahnsinniger Aufwand, der auch nicht so kostentreibend sein wird. Aus dem Grund würden wir jetzt die vordere Strasse mit Rad-/Gehweg und einer Fahrbahnbreite von 6.00 m vorbereiten und bei der Kreuzung würden wir nur aufzeigen, was es kosten würde, wenn man mit geringen baulichen Massnahmen die Hauptverkehrsrichtung ändern würde.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Nur zum Verständnis, der Antrag der SVP bedeutet, dass die Linienführung gleich bleibt, beim Antrag der GPK wird die Linienführung geändert.

Urs Hediger (CVP)

Ja, das ist richtig.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Ich mache Ihnen beliebt, die Entscheide, so wie sie gefallen sind, sein zu lassen und nicht gegeneinander auszuspielen.

Robert Odermatt
(SVP)

3.2.5 Bushaltestelle "Buholz"

Ich sehe nicht ein, warum man die Bushaltestelle an die Kreuzung Richtung Rigiblick-/Unterwilstrasse verschieben müsste. Dort hätte es eine Doppelbushaltestelle, wo dann sicher zum Teil einmal ein Bus stehen muss und dann wird das Herausfahren aus der Rigiblickstrasse schwierig und die Übersicht ist nicht mehr gewährt.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Ich kann nur an das anschliessen, was Herr Nussbaum gesagt hat. Es heisst da Doppelbushaltestelle, es gibt zwei Bushaltestellen, die man einfach tiptopp ausbauen kann. Beide haben schon eine Bucht und da muss man nichts Neues machen, sondern muss es einfach nur der Strasse entsprechend anpassen.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

4 Umsetzung

Ein kleines Detail: Die Mehrwertsteuer beträgt ab dem nächsten Jahr 8 %.

Urs Rölli (FDP)

Beschluss

Im Beschlusstext wurde die GPK vergessen, das Büro hat das Geschäft auch der GPK zugewiesen.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Abstimmung:

Vom Planungsbericht Sanierung und Ausbau Kastanienbaumstrasse, Abschnitt Buholz bis Schwanden, wird mit 25:0 Stimmen zustimmend Kenntnis genommen.

Robert Odermatt
(SVP)

6. Dringliche Interpellation Nr. 587/2010 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Glas-Sammelstelle Ennethorw

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 25. August 2010 schriftlich beantwortet. Herr Rölli, sind Sie mit der Beantwortung zufrieden?

Robert Odermatt
(SVP)

Mit der Beantwortung bin ich grösstenteils zufrieden, sie ist umfassend und ausführlich. Weiter möchte ich anmerken, dass die neue Sammelstelle, mit Baubeginn vom 17. August 2010, nun bereits erstellt wurde. Ich habe aber noch einige Fragen bzw. Bemerkungen und verlange Diskussion.

Urs Rölli (FDP)

Eine allgemeine Frage ist, warum die Sammelstelle überhaupt mit einem Gemeinderatskredit finanziert wurde, das ist für mich absolut unverständlich. Das ist nichts Dringendes und muss nicht von heute auf morgen erstellt werden, sondern kann geplant werden. Ich weiss nicht, ob das sogar über die Spezialfinanzierung gezahlt werden sollte.

Das andere ist, am ehemaligen Platz ist jetzt eine geteerte Fläche, die jetzt mit einem Band abgesperrt ist. Muss das zurückgebaut werden und wenn ja, was kostet das?

Dann ist auch eine Frage, warum man nicht zwei herkömmliche zusätzliche Container aufstellen konnte. In der Antwort zwei sagt man, dass man die Kapazität vom Felmis und vom Winkel erreicht hat, aber im Felmis und im Winkel steht nach wie vor eine herkömmliche Anlage und wie man der Antwort entnehmen kann, ist es dort und an anderen Standorten in Horw nicht geplant, so Luxusvarianten, die zugegebenermassen sehr gut aussehen, zu erstellen.

Mit der Zunahme der Bautätigkeit in Ennethorw wurde unter dem Jahr, im September, der Gemeinderatskredit gesprochen, um eine unterirdische Sammelstelle zu realisieren. Eine unterirdische Sammelstelle aus dem Grund, weil sehr gute Erfahrungen gemacht wurden und wir immer noch sehr gute Erfahrungen mit der Sammelstelle im Zentrum machen. In der Beantwortung ist auch beschrieben, was die Vorteile sind und darum hat man gesagt, wenn dort erweitert wird, dann unterirdisch. Der Gemeinderatskredit wurde mit Entnahme aus der Spezialfinanzierung gesprochen. Auch Arbeitstätigkeiten, erbrachte Dienstleistungen von Mitarbeitenden oder Investitionen in der Art werden der Spezialfinanzierung belastet. Man hat nicht zwei herkömmliche Container genommen, weil man die unterirdische Sammelstelle realisieren wollte. Das war am bestehenden Standort nicht möglich, weil darunter die Autobahn ist, die jetzige Lösung sieht aber sehr ansprechend aus und ist funktionell.

Susanne Heer (FDP)

Bei der Bauaufgabe gab es Einsprachen, zwei Einsprachen wurden zurückgezogen und eine Person hat es weitergezogen. Der Gerichtsentscheid ist zu unseren Gunsten und somit zu Gunsten der Sammelstelle ausgefallen. Auf dem Streifen, wo bisher die Container standen, hat man jetzt eine Signalisation aufgestellt, damit es nicht zum Parkieren gebraucht wird. Dort werden wir mit der Zeit die Grünfläche vergrössern, was der Preis sein wird, kann ich Ihnen im Moment nicht sagen.

Zur Notwendigkeit der Erweiterung: Im Moment sind die beiden Container als Reserve vorgesehen, sie sind noch nicht in Gebrauch, denn die Bautätigkeit ist ja noch nicht abgeschlossen. Wir haben aber festgestellt, dass das Quartier um rund 350 Einwohner wächst, es wird eines von den grösseren Quartieren werden und wir können zunehmend feststellen, dass vor allem die Glasentsorgung in der Vergangenheit zugenommen hat und das rechtfertigt auch die Vergrösserung. Wir haben im Moment nirgendwo anders eine Vergrösserung vorgesehen, allerdings haben wir in Horw Zentrum manchmal Kapazitätsengpässe. Wir haben aber noch keine Pläne für eine Erweiterung aufgenommen.

Sind Sie mit der Beantwortung ganz oder teilweise zufrieden?

Robert Odermatt
(SVP)

Ich sage jetzt einmal teilweise.

Urs Rölli (FDP)

Die Erschliessung zu der Sammelstelle geht über eine Privatstrasse. Ist das richtig? Um was genau hat es sich bei der Einsprache gehandelt?

Reto Deschwanden
(CVP)

Die Einsprache wurde bezüglich den Zu- und Wegfahrten zur Sammelstelle bzw. allenfalls damit auftretenden Verkehrsbehinderungen eingereicht. Im Rahmen der Einsprachebehandlung wurde dann der Wendehammer vorgesehen, der jetzt realisiert wurde, damit man das verkehrstechnisch optimal lösen kann.

Susanne Heer (FDP)

Es geht um etwas Grundlegendes: Meines Erachtens sind Gemeinderatskredite nicht einfach zulässig, sondern es müsste eine ausserordentliche und unvorhersehbare Ausgabe sein. Ich habe das Gefühl, der Gemeinderatskredit wird nach Belieben verwendet, wenn man das Gefühl hat, etwas wäre sinnvoll und sehr mühsam, wenn man es dem Einwohnerrat vorlegen müsste.

Astrid David Müller
(SVP)

Mit der Zunahme der Bewohner in dem Quartier und der Zunahme der Altglasentsorgungen hat man die Notwendigkeit erkannt, dass dort ausgebaut werden muss. Es wurde geplant und der Gemeinderatskredit gesprochen. Im Übrigen war es schon in der Rechnung 2009 ein Thema, konnte aber wegen der Einsprache nicht ausgeführt werden und aus diesem Grund wurde der Übertrag von 60'000 Franken auf das Jahr 2010 gemacht.

Susanne Heer (FDP)

Ich möchte damit nicht behaupten, es sei nicht notwendig gewesen, es ist einfach eine Frage der Art und Weise. Wenn es notwendig gewesen wäre, hätte der Einwohnerrat sicher seine Zustimmung gegeben, vielleicht einfach ein paar Monate später. Die Frage ist, ob es absolut unvorhersehbar war, so dass man es nicht vor den Einwohnerrat bringen konnte. War es so dringlich, dass es unmöglich war, das vor den Einwohnerrat zu bringen?

Astrid David Müller
(SVP)

Ich habe noch gefragt, ob die Zufahrt eine Privatstrasse oder eine öffentliche Strasse ist. Wurden auch andere Standorte geprüft?

Reto Deschwanden
(CVP)

Frau Bernasconi hat mir gerade gesagt, dass es sich um eine Gemeindestrasse 3. Klasse handelt. Im Entscheid des Verwaltungsgerichtes habe ich gelesen, dass es noch andere Gründe für die Einsprache gab, und zwar wurden auch Lärmimmissionen erwähnt und das Gericht hat befunden, dass Sammelstellen im Wohnquartier erstellt werden dürfen. Es ist nicht so, dass Sammelstellen ausserhalb sein müssen, sondern es ist sogar erwünscht, dass diese in den Quartieren sind und in Bezug auf Lärmimmissionen werden die unterirdischen Sammelstellen als positiv bewertet.

Susanne Heer (FDP)

Könnte man nicht prüfen, ob die asphaltierte Fläche für einen Veloabstellplatz in der Nähe der Busendstation genutzt werden kann?

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Es wurde ausgeführt, dass im September der Gemeinderatskredit gesprochen wurde. Meine Frage ist, wann der Einwohnerrat immer plus/minus das Budget behandelt.

Roger Jenni (FDP)

7. Dringliche Interpellation Nr. 588/2010 von Heiri Niederberger, CVP: Horwer Landschaftsentwicklung - wohin?

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 9. Juli 2010 schriftlich beantwortet. Herr Niederberger, sind Sie mit der Beantwortung zufrieden?

Robert Odermatt
(SVP)

Ich verlange Diskussion.

Heiri Niederberger
(CVP)

Ob ich zufrieden bin oder nicht, möchte ich so beantworten: Wenn ich sagen würde, dass ich nicht zufrieden bin, wäre das keine Kritik an den Gemeinderat, ich bin selbstkritisch genug, dass ich dann sagen würde, dass ich die Frage falsch gestellt habe. Entsprechend möchte ich gewisse Bemerkungen anfügen.

Es ist mir bewusst, dass die Thematik nebst sehr klaren Fakten auch sehr emotional beurteilt und wahrgenommen wird. Darum möchte ich zuerst eines klarstellen: In der Einleitung zur Beantwortung meiner Fragen ist suggeriert worden, mit den Fragen würde ich eigentlich keine Entwicklung zulassen. Das ist kapital falsch. Zwischen "keiner Entwicklung" und einer Entwicklung mit den anstehenden Projekten plus dem Tourismuskonzept, stehen nach meinem Dafürhalten sehr viele Grautöne, die auch klar abgrenzbar wären. Es ist nicht darum gegangen "keine Entwicklung", aber es gibt auch die Frage, in welchen Dimensionen beispielsweise.

Zur ersten Frage habe ich mit dem Finanz- und Aufgabenplan eine zusätzliche Antwort bekommen, ich habe dort nämlich unter dem Kapitel 2.19 gesehen, dass es in den Jahren 2011, 2012 und 2013 mit der Festlegung der Konzeptumsetzung sehr viel klarer wird und ich hoffe, dass der Mist nicht schon geführt ist.

Zur Beantwortung der Fragen 2 und 3: Es ist so, dass die Bevölkerung für die landwirtschaftlich motivierten Projekte sehr viel übrig hat, es ist aber auch ganz klar formuliert worden, dass die Öffentlichkeit bereit ist, auf gewisse Sachen zu verzichten und ganz bewusst gewisse Sachen möchte und es scheint mir, so wie es jetzt im Kriterienkatalog dargelegt ist, vor allem eine Chancenanalyse zu sein. Ebenso wichtig im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit scheint mir aber die Wichtigkeit der Risikoanalyse zu sein und diese fehlt. Die Gemeinderäte waren heute schon CEO's und Hoteldirektoren, ich erwarte jetzt noch, dass sie Ärzte und Apotheker sind. Ich mache ein Beispiel, mit dem ich verdeutlichen möchte, was ich sage: Wenn ich ein Medikament auf den Markt bringe, dann preise ich vorwiegend die heilende Wirkung an. Ich bin aber auch verpflichtet, eine Packungsbeilage beizulegen und darauf steht: "Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage oder fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker." Im Zusammenhang mit der Risikoanalyse hätte ich vom Gemeinderat gerne noch etwas zu der Deklaration und zu der Beurteilung der Deklaration gehabt, weil die Geschichte nicht ganz risikolos ist. Es gibt Befürchtungen, und dies sind nicht nur persönliche Befürchtungen von mir. Entsprechend meine ich, müsste das dann auch irgendwo Bestandteil sein. Aber ich gehe jetzt davon aus, dass das in den Massnahmen, Umsetzung 2011-2013, auch konkretisiert wird.

Zur Frage 4, dass sich eine Gesamtschau nicht aufdränge: Das beunruhigt mich. Ich bin der Meinung, eine Gesamtschau darf nie verloren gehen. Ich bedaure, dass man gesagt hat, die visionären Gedanken habe man gehabt und die Bevölkerung habe diese nicht gewollt. Meine Einschätzung ist die, dass jetzt die visionären Gedanken einfach dezentral realisiert werden. Ob das die richtige Entwicklung ist? Ich habe das Rezept nicht, ich habe einfach gewisse Befürchtungen und ich wollte diese deklarieren. Ich muss, darf und kann mit der Antwort leben, die mir der Gemeinderat gegeben hat. Ich werde aber selbstverständlich wachsam hören und schauen was läuft und auch kritische Stimmen wahrnehmen.

8. Interpellation Nr. 583/2010 von Beat Imboden, FDP, und Mitunterzeichnenden: Nutzung Naherholungsgebiet und Sichere Verbindung Bereich Zihlmattweg

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 9. September 2010 schriftlich beantwortet. Herr Imboden, sind Sie mit der Beantwortung zufrieden?

Robert Odermatt
(SVP)

Ich verlange Diskussion.

Beat Imboden (FDP)

Auf der Allmend läuft im Moment sehr viel. An jeder Ecke und jedem Ende wird gegraben, abgesperrt, umgeleitet usw. Die Allmend hat seit Jahren und Jahrzehnten sehr viele Benutzer, seien es Hundehalter, Reiter, Sportler und viele andere mehr. Man bekommt teilweise ein wenig Angst, auch wenn immer wieder gesagt wird, man könne dieses oder jenes machen. Was heisst das eigentlich in Zukunft? Wie kann man das Ganze weiter nutzen? Das war von gewissen Gruppen auch der Anlass, an mich heranzutreten und nachzufragen. Die Fragen, die ich gestellt habe, sind einerseits zu meiner Zufriedenheit beantwortet worden. Die Beantwortung enthält allerdings auch die eine oder andere Sache, die mir ein kleines Lächeln hervorbringt, u.a. zur Frage zwei, in der es um die spezifische Nutzung bzw. künftige Einschränkungen der Allmend geht. Wenn ich die Aussage lese, dass man heute den Kindern und Erwachsenen noch die Chance geben sollte, einen Frosch oder eine Zauneidechse aus nächster Nähe zu beobachten, also für mich ist das ein Armutszeugnis, dass man spezifisch solche Sachen machen muss. Wir haben einen See, wir haben einen Bireggwald, es gibt also sehr viele Möglichkeiten, um das auch beobachten zu können. Es ist sicher sinnvoll, dass man den Leuten die Möglichkeiten gibt, solche Sachen anzuschauen, aber teilweise führt es zu weit. Man baut eine Lernburg, für was das gut sein mag, ist wieder etwas anderes. Im gleichen Zusammenhang schreiben Sie, dass im Richtplan Halbinsel vorgesehen ist, vor allem auch das Reitwegnetz auf der Halbinsel, insbesondere dem Bireggwald, zu prüfen. Dort habe ich als Anliegen, dass man Betroffenen einlädt, mitzudiskutieren.

Zu Frage 3: Ich glaube, die Gespräche mit den Betroffenen der Stadt haben stattgefunden, es ist sicher sehr viel, das man noch weiterdiskutieren wird und es wird sicher auch noch nicht abgeschlossen sein.

Zu der Verbindung Biregg - Horw: Die Aussage in der Beantwortung, dass man den Weg jetzt nicht machen könne, dass es zu früh sei und man warte, bis dieses und jenes gemacht sei, hört man schon immer. Wenn ich dort beim Zihlmattweg schaue, neben der Baustelle mit der Abschränkung, mit den Lastwagen und was dort alles rumsteht, das ist manchmal beängstigend wie es dort zu- und hergeht. Für mich ist es unerklärlich, man kann eine Menge Provisorien machen, dass man nicht hinter dem Schiessstand oder zwischen dem Schiessstand auch einmal ein Provisorium machen könnte, dass mindestens Velofahrende oder Fussgänger, ohne auf die Strasse zu müssen, direkt hinten durch an den richtigen Ort bringt. Ich werde es so akzeptieren, denn das hat wahrscheinlich einen Zusammenhang mit dem Ausbau der Allmend, aber ich möchte den Gemeinderat trotzdem weiterhin ansprechen, dass man dort schaut, dass man das nicht erst im 2013 oder 2014 realisiert, sondern versucht, das mehr zu forcieren.

Ansonsten bin ich mit Beantwortung zufrieden und danke für die Ausführungen.

Mit der zweiten Frage fragen Sie mich alles Sachen über das Stadtgebiet und die Beantwortung ist der Stellungnahme der Stadt entnommen. Es geht hier um den Leinenzwang und es ist begründet worden, dass man Hunde nicht gerne dort hätte, wo Tiere ihre Naturplätze haben. Selbstverständlich kann man das als Armutszeugnis sehen, aber es ist nun einmal so, dass das unser Naherholungsraum ist. Der Nutzungsdruck ist nicht nur auf der Allmend so gross, der ist auch auf unserer Halbinsel und im Bireggwald so gross, denn das ist die grüne Lunge, die wir haben. Man liest auch zwischen den Zeilen, dass die Stadt das Gefühl hat, dass auch die Agglomeration die Leute aufnehmen und nicht nur alles der Stadt delegiert werden sollte.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Zum Richtplan Halbinsel werden wir bei der Umsetzung auf jeden Fall mit den Betroffenen reden, das haben wir im Richtplan auch gesagt.

Zu der Wegverbindung möchte ich noch hinzufügen, dass das natürlich Stadtgebiet ist. Wir sind immer bemüht, und das ist eine ganz schwierige Phase mit der Grossbaustelle, dass man dort ein Auge darauf hat. Unsere Mitarbeitenden vom Tiefbau sind mit der Stadt immer in Kontakt, damit man dort die Gefahrenstellen anschaut, die es durchaus gibt. Es ist ein gegenseitiges Rücksichtnehmen nötig und wenn es wirklich so weit ist, dass die Schiessanlage gebaut ist, kann man dann wirklich an den Weg gehen. Wichtig ist, dass man trotzdem vorne durch den Radweg hat und trotz der Baustelle fahren kann, halt mit sehr grosser Aufmerksamkeit, aber wir bleiben dran.

Es ist so, dass das hauptsächlich Stadtgebiet ist und die Stadt sagt, was geht. Aber es ist natürlich schon so, der ganze Bereich dort, überall wo man mit verschiedenen Sachen zusammentrifft, braucht es Rücksichtnahme untereinander. Es gibt verschiedene Zeitgenossen, solche die Rücksicht nehmen können und andere, die keine Rücksicht nehmen können. Ich glaube, dort muss man versuchen, einen Konsens zu finden, damit man das Ganze in die richtige Richtung steuern kann und nicht einfach mit einem Haufen Zwangsmassnahmen versucht, da und dort einfach Einschränkungen zu machen. Wie das zu realisieren ist, ist sicher sehr schwierig, das muss man vielleicht da und dort ausprobieren und dann gibt es weitere Massnahmen.

Ich habe noch etwas Organisatorisches: Ich möchte noch mitteilen, dass die BVK-Sitzung am nächsten Montag stattfindet, trotzdem wir noch keine Traktandenliste haben.

Die Traktandenliste wurde absichtlich noch nicht verschickt. Wir hatten die Befürchtung, dass wir heute nicht alle Traktanden behandeln können und damit das Ganze ordentlich traktandiert werden kann, hat man noch gewartet. Die Traktandenliste wird morgen verschickt, damit wird auch die 3-wöchige Frist eingehalten. Offenbar ist von den Büromitgliedern nicht alles an die Fraktionen mitgeteilt worden.

Beat Imboden (FDP)

Roger Jenni (FDP)

Robert Odermatt
(SVP)

Robert Odermatt
Einwohnerratspräsident

Ulrich Nussbaum
Sekretär

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Heike Sommer
Protokollführerin